

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Mittags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 Mk. monatlich. Einzelne Rtn 20 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21 295, Schriftleitung Nr. 14 574.
Postfachkonto Dresden Nr. 24 86.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungs-
teile 2 Mk., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 4 Mk.,
unter Eingeladn 5 Mk. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsgüter und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabschluss der Landes-Brandversicherungskasse, Verkaufsliste von Holzplantagen auf den Staatsforstrevieren.
Beauftragt mit der Oberleitung (und präseignischen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 49

Dienstag, 1. März

1921

Der Reichsverkehrsminister über die Eisenbahnen.

London, 28. Februar. Der Hauptauschuss des Reichstags hat gestern die Generalberatung über den Etat des Reichsverkehrsministeriums fortgesetzt. Reichsverkehrsminister Wörner schloß die Schwere der Eisenbahnverwaltung. Das Ziel seiner Tätigkeit müsse die Steigerung der Verkehrseffizienz sein. Dazu sei eine größere Bewegungsfreiheit der Verwaltungen notwendig. Die Reichseisenbahnverwaltung dürfe nicht in das bürokratische System der Verwaltungen eingeschlossen bleiben, wenn sie den wachsenden Bedürfnissen der Wirtschaft folgen solle. Die bevorstehenden Tarifserhöhungen seien unbedingt notwendig, um das Betriebsdefizit zu decken. Es sei unumgänglich, die Betriebskosten eines Verkehrsunternehmens etwa durch Steuern aufzubringen. Die Befestigung des Defizits werde in der Weise zu erfolgen haben, daß 10 Milliarden durch Tarifserhöhungen und 5 Milliarden durch Ersparnisse eingebracht werden. Die Verminderung des Personals sei im Gange. Ein Eisenbahnfinanzgesetz zur Ausführung des Artikels 24 der Reichsverfassung sei in Vorbereitung, um die Finanzgebarung auf einen mehr wirtschaftlichen Boden zu stellen und ihr die notwendige Selbstständigkeit zu geben. Die Beförderung in der Ausgestaltung des Fahrplans könne nur allmählich nach Maßgabe der verfügbaren Kohlen und Lokomotiven erfolgen. In erster Linie werde er dabei den Berufs- und Arbeiterverkehr zu befördern suchen. Andererseits müßten die deutschen Eisenbahnen danach streben, wieder ihre frühere Stelle im internationalen Verkehr einzunehmen. Die technische Ausrüstung der Eisenbahnverhältnisse sei im letzten Jahre erheblich verbessert worden. Im ganzen Gebiet der Reichseisenbahnen werden 151 360 Arbeiter in den Werkstätten beschäftigt. Die Qualität der Arbeit erweise sich wieder die alte. Dabei sei zu beachten, daß im Frieden etwa 25 Prozent, jetzt aber 80 Prozent Reperaturarbeiten zu machen seien. Daran liege auch, daß der Ausbruch an Lokomotiven in den Werkstätten noch immer um 10 Prozent geringer als im Jahre 1913 sei, obwohl auch die Leistungen auf den Kopf des einzelnen Arbeiters vielfach die frühere Höhe erreicht haben dürften. Die Lage der Beamten und Arbeiter sei im vorigen Jahre durch die Unsicherheit über die Höhe ihrer Bezüge, über die Ortsteilnahme und vor allem durch eine ungesunde Vorkaufswirtschaft eine schwierige gewesen. Er hoffe, daß nunmehr eine allmähliche Besserung des Personals eintreten werde. Auch unter den Eisenbahnern sei leider die Moral wesentlich gesunken. Die Diebstahlsfälle seien zahlreich und kostbar. Die Arbeitslosigkeit des Personals sei in erfreulicher Zunahme, insbesondere bei den alten Leuten, deren Einfluß wieder im Steigen sei. Der Achtstundentag habe durch die plötzliche Einführung in der Eisenbahnverwaltung ohne die notwendige Vorbereitung zu großen Schwierigkeiten geführt. Für die Regelung der Dienst- und Ruhezeiten müsse die Art der Arbeit maßgebend sein. Ein Gesetz über die Arbeitszeit bei den Eisenbahnern sei in Vorbereitung.

Bayerns Rein.

München, 27. Februar. Eine amtliche Kundgebung in der „Bayrischen Staatszeitung“ hat folgenden Wortlaut: „Aus Anlaß des Pariser Diktats sind der deutschen Reichsregierung zahlreiche Kundgebungen aus allen Teilen des Vaterlandes, aus allen Bevölkerungsschichten, von Gemeindevertretungen, Volks- und Parteiversammlungen, Wirtschaftsverbänden, Berufsorganisationen und Einzelpersonen zugegangen. Sie bringen übereinstimmend den stärksten Einspruch gegen die maßlosen und ungerechten Forderungen unserer Gegner und den unabweisbaren Willen zum Ausdruck, diesen Forderungen ein unbedingtes Nein entgegenzusetzen. Sie bekunden alle die Bereitschaft, und Maßgabe unserer Truppe an der Widerstandsmachung mitzuwirken, aber auch die konsequente Zurückweisung des unehrlichen Vorschlags der allseitigen Kriegsgeld Deutschland und den festen Entschluß: „Wieder den Tod als entehrende Strafe!““

Die Londoner Konferenz.

Die Frage der Sanktionen.

London, 28. Februar. Bei der Besprechung zwischen dem englischen und französischen Ministerpräsidenten in Chequers, an der auch Hoch und Beggand teilnahmen, wurde von Lloyd George und Briand beschlossen, die Frage der Art der Ausführung etwaiger Sanktionen gegen Deutschland einem Ausschusse von Sachverständigen zu unterbreiten. General Rollet, der Vorsitzende der internationalen Überwachungskommission in Berlin, ist hier eingetroffen.

Erhöhung der Jahreszahlungen.

Paris, 28. Februar. Wie Paris im „Echo de Paris“ aus London berichtet, soll in den letzten Tagen eine Umgestaltung des Abkommens von Paris abgeschlossen worden sein. Man wolle die 42 Jahreszahlungen in 30 umwandeln, allerdings ohne die Gesamtsumme abzuändern. Dadurch werde eine Erhöhung des Jahresbeitrages um 1 300 000 000 Goldmark eintreten.

Der Verhandlungsplan.

London, 28. Februar. Die bevorstehende Konferenz mit den Deutschen ist das Hauptthema

der Presse. Die Blätter weisen darauf hin, daß mit dem heutigen Tage eine schicksalbestimmende Woche beginne. Die Beratungen in Chequers haben dazu beigetragen, daß an Stelle der bisher von manchen Blättern ausgedrückten Befürchtung wegen der Gefährdung der Front der Verbündeten jetzt eine zureichendere Stimmung getreten ist. Die Reparationsfrage wird zuerst zur Verhandlung kommen. Auf Lloyd Georges Anregung hin soll die Entlohnungsfrage erst danach erledigt werden. Im Verlaufe des gestrigen Tages wurde der französische Vorkämpfer in Berlin nach Chequers gerufen, augenscheinlich im Zusammenhang mit der Reparationsfrage. Bevor die erste Aussprache mit den Deutschen stattfindet, wird wahrscheinlich in Downingstreet noch eine Beratung der Alliierten über die Reparationen erfolgen. Es besteht Grund zu der Annahme, daß Lloyd George, während er bestritt ist, zu erwidern, daß die Deutschen sich dem Beschlusse der Alliierten ohne Anwendung von Zwangsmassnahmen fügen, ab Freitag oder Samstag zu verstehen gab, daß die britische Unterstützung solcher Maßnahmen, wenn sie notwendig werden sollten, nicht ausbleiben würde.

Frankreich und die oberschlesische Abstimmung.

Paris, 27. Februar. Der frühere Kriegsminister Leybaire veröffentlicht einen höchst interessanten Aufsatz im „Journal“ über die Volksabstimmung in Oberschlesien. Er behauptet, es sei unumgänglich, die in London getroffene Entscheidung, die Ausgewanderten am gleichen Tage abstimmen zu lassen wie die ansässigen Oberschlesier, anzuzweifeln. Das widerspreche der gesunden Vernunft und würde außerdem Deutschland in aller Welt schaden. Die Deutschen würden bestimmt blutige Karren in Oberschlesien herbeiführen. Sie bedürften unermüdlich Waffen nach Oberschlesien. Auf sie sei es auch zurückzuführen, daß die polnische Wirt so tief gefallen sei. Man werde nicht jene nach Oberschlesien schicken, die das Recht zur Abstimmung hätten, sondern Bananen, die Karren anfüllen sollten. Die französischen Divisionen in Oberschlesien wären allerdings imstande, in Oberschlesien die Ordnung aufrecht zu erhalten, wenn sie nicht gezwungen wären, sich in kleine Truppenabteilungen aufzulösen, die überall die Ordnung aufrecht erhalten müßten. Leybaire fordert, daß die Londoner Konferenz die getroffenen Entscheidungen revidiere.

Polnische Ausdehnungsbestrebungen.

Warschau, 27. Februar. Unter Bezugnahme auf die polnische Note an die Vorkonferenz in Paris, in der Polen die Marientwerder Niederung bis an die Höfen von Marientwerder verlangt, um einen Kanal bauen zu können, hat die Stadtverordneten-Versammlung am Freitag folgenden Protest an das Auswärtige Amt gerichtet: Die gesamte Bevölkerung unserer Stadt ist empört über die unerhörte, dem überwältigenden Abstimmungsresultat höhnische Zumutung der Polen, ihnen bei der endgültigen Grenzfestlegung die Marientwerder Niederung zuzuerkennen. Der Antrag des Generals Dapont an den Vorkonferenzrat in Paris, für Notwendigkeit der Anlage eines Kanals durch internationalisierte Sachverständige prüfen zu lassen, verdient die schärfste Zurückweisung. Er steht im Widerspruch zu der unabänderlichen Entscheidung, die der Vorkonferenzrat im August über das Abstimmungsgebiet gefaßt hat. Wir erwarten von der Reichsregierung, daß sie mit allem Nachdruck sich für unsere Grenzmark einsetzt und keinen Fußbreit treuburgischen Landes preisgibt.

Unerfüllbare Forderungen.

Basel, 28. Februar. Zu den in Paris beschlossenen Reparationsforderungen schreibt die „Baseler Nationalzeitung“: Man wird sich klar sein müssen, daß Deutschland die ihm zugemuteten Verpflichtungen erfüllen kann; aber wenn es diese Verpflichtungen erfüllen könnte, so wäre dies nur auf der Grundlage des vollständigen Ruins der anderen Staaten möglich. Dann müßten die englischen und die amerikanischen Exporteure ihre Kundenkreise an Deutschland völlig abgeben. England, dessen Verhältnis ungleich günstiger als die Deutschen sind, England mit seinen reichen Kolonien und seiner mächtigen Handelsflotte kommt heute auf einen Ausfuhrwert von 26 Milliarden Goldmark. Wenn es eine zwölfpromzentige Ausfuhrquote entrichte und dazu noch 2000—3000 Millionen Goldmark jährlich bezahlte, wäre es sofort bankrott. Seine Industrie würde zu teuer arbeiten, als daß sie noch weiter ausführen könnte. Man frage die englischen Sachverständigen, ob sie für England die Bedingungen übernehmen könnten, die das Pariser Abkommen für Deutschland fixiert. Man darf gewiß sein, daß kein englischer Kenner sich finden wird, der glaubt, England könne sie erfüllen. Was aber dem reichen England mit seinen Kolonien und seiner Flotte unmöglich ist, kann das verkleinerte Deutschland noch viel weniger leisten.

Der Anschlag auf Venizelos vor Gericht.

Paris, 27. Februar. Die beiden griechischen Offiziere Terapis und Kyriakos wurden gestern Abend vom Schwurgericht wegen des gegen Venizelos auf dem Lyoner Bahnhof in Paris verübten Anschlags zu je 5 Jahren Zuchthaus verurteilt. Nachdem das Urteil gefällt worden war, unterzeichneten die Geschworenen ein Gnadengebet.

Drohender Generalstreik in Polen.

Warschau, 27. Februar. Infolge des milden Streiks der Lokomotivführer wurden alle Eisenbahnbetriebe militarisiert. Der Streikkommission der Eisenbahnergemeinschaft forderte daraufhin zum Generalstreik der Eisenbahner auf. Ebenso hat die Zentralkommission des polnischen Gewerkschaftsverbandes einen Aufruf erlassen, in dem sie die Militarisierung der Eisenbahn als einen Anschlag auf die wichtigsten Rechte der arbeitenden Volksschichten bezeichnet und für Montag, den 28. Februar, den Generalstreik für ganz Polen proklamiert.

London.

Je mehr sich die Tage der Londoner Konferenz genähert haben, um so nervöser ist die öffentliche Meinung in Frankreich geworden. Aber auch die französische Regierung. Den ersten Anstoß zur Verschlechterung der Stimmung gab die neue Regelung der ober-schlesischen Abstimmung. Das Jugendschicksal, das Briand in dieser Frage machen mußte, kam einer diplomatischen Schlappe gleich, die man in Paris nur widerwillig hingenommen hat. Es versteht sich von selbst, daß diese Schlappe bei der bevorstehenden Konferenz in London wieder ausgeglichen werden muß, und so ist denn der Ton der französischen Presse schon jetzt sehr kämpflich gestimmt. Man ruft Gewalt, Hoch muß auf dem Plane erscheinen. Gewiß sind da allerhand Fragen, die vom französischen Standpunkt die Anwesenheit des Marshalls in London rechtfertigen, so z. B. die Entlohnungsfrage, die Deutschland noch einmal anzuschneiden die Absicht hat, dann aber auch die Frage der bayerischen Einwohnerwehren, die aufgelöst werden sollen, und am Ende wohl auch strategische Probleme in Kleinasien, die durch die Regelung der orientalischen Verhältnisse einer Entscheidung bedürfen. In der Hauptsache aber wird man ein Recht haben, in der Berufung Hoch nach London eine Demonstration zu erblicken, die allein gegen Deutschland gerichtet ist, falls es wagen sollte, wider den Stachel zu lösen. Bei alledem darf nicht übersehen werden, daß diese äußere Aufmachung mehr der Beruhigung der öffentlichen Meinung in den Verbündeten, besonders Frankreich, gilt als den Bedürfnissen der gegnerischen Regierungen, die sich im stillen nicht einen Augenblick im Zweifel darüber sein können, daß die an Deutschland gestellten Zumutungen praktisch unerfüllbar sind. Man hat den Vätern so lange eingeredet, daß ihr finanzielles Unglück durch Deutschland allein wieder gutgemacht werden würde, daß man es jetzt nicht wagt, ihnen klaren Wein einzuschenken. Es ist eben eine bewusste Unwahrheit, daß Deutschland in der Lage sein soll, auch wenn es den besten Willen hätte, die Unterbilanz der Weltwirtschaft zu beseitigen. Der französische Steuerzahler aber, der entsetzt darüber ist, daß er als „Sieger“ noch die Kosten des Krieges tragen soll, läßt sich mit Vernunftgründen nicht beruhigen und verlangt große Ziffern. So rächt sich jetzt der schwere Fehler, den die französische Regierung beging, als sie zur Stärkung des Kriegswillens des Volkes diesem die Hoffnung mit auf den Weg gab, daß der Deutsche alles zahlen werde.

Die Regierungen der Verbündeten würden es sicherlich an sich willkommen heißen, wenn ihnen von der deutschen Vertretung eine Möglichkeit geboten würde, aus diesem Dilemma herauszukommen, und es wird Aufgabe unserer Delegierten sein, hier einen Weg zu weisen, der unseren Gegnern nicht nur materiell, sondern auch moralisch gerecht wird. Briand muß in die Lage versetzt werden, zu sagen, daß alle Forderungen Frankreichs wenigstens annähernd erfüllt worden sind, während andererseits praktisch bei der Durchführung der Wiedergutmachung Deutschlands Leistungsfähigkeit entsprechend berücksichtigt wird. Denn von unserem guten Willen Zeugnis zu geben, kann angesichts der gründlichen Vorbereitung unserer Gegenwärtigen nicht allzu schwer sein. Andererseits scheint man auf der Gegenseite die Absicht zu haben, nicht von vornherein unseren guten Willen anzuzweifeln. Darauf lassen die wiederholten Auslassungen Lloyd Georges schließen, aber auch das Presseinterview Briands in London, in welchem er erklärte, er sei nach London gekommen, um die deutschen Gegenwärtigen entgegenzunehmen. „Frankreich“, so erklärte er, „hat in dem in Paris erzielten Abkommen jedes Opfer gebracht, das möglich war; es kommt aber nicht mit einer voreingenommenen Ansicht nach London und ist bereit, alles anzunehmen, was die Lage verbessern würde.“

Man kann nicht bestreiten, daß die Auffassung des französischen Ministerpräsidenten einem guten Erfolge der Londoner Verhandlungen durchaus günstig ist. Deutschland kommt nach London, nicht „um über sein eigenes Glend zu jammern“, sondern um nicht nur im eigenen Interesse, sondern in dem der gesamten Weltwirtschaft Vorschläge zu unterbreiten, die annehmbar sind, wenn es unseren Gegnern nicht von vornherein darauf ankommt, Deutschland noch

mehr zu ruinieren, als dies bisher bereits ge-
schehen ist. Diktat und Gewalt muß aber dabei
auf jeden Fall ausgeschlossen sein, und wenn doch
auf der Konferenz nur als Symbol einer ent-
schiedenem Epoche erscheint, die von dem ver-
schlungenen Geist der im gegenseitigen Interesse ge-
führten Verhandlungen abgelöst werden soll, so wird
man das gelten lassen können, obwohl man sagen
darf, daß es besser gewesen wäre, jedes Druckmittel
von Anfang an auszulassen.

Die Abreise der deutschen Abordnung.

Berlin, 27. Februar. Die deutsche Ab-
ordnung ist heute mittag vom Potsdamer Bahn-
hof abgefahren. Zur Verabschiedung war der
Reichskanzler auf dem Bahnhof erschienen, wo
er mit dem Minister des Auswärtigen in längerer
Aussprache verweilte. Anwesend waren ferner
die Staatssekretäre Albert und v. Ganiel sowie
zahlreiche Vertreter der Reichskanzlei und der
Reichsministerien. Die Abordnung trifft am Mon-
tag nachmittag 1/2 Uhr in London ein und wird
im Savoy-Hotel wohnen.

London, 27. Februar. Die deutschen De-
legierten sind, wie verlautet, während ihres
heftigen Aufenthalts Gäste der britischen Re-
gierung. „Ball-Roll and Globe“ zufolge ist der
Wittwoch jetzt als der Tag festgesetzt worden, an
dem die deutschen Delegierten zum erstenmal auf
der Konferenz erscheinen werden.

Reichswirtschaftsrat.

Berlin, 27. Februar. Auf der gestrigen
Tagesordnung des Reichswirtschaftsrates stand
zunächst die Interpellation von Arbeitnehmerseite
über den Abschlußvertrag im Bankgewerbe. Der
Oberpräsident der Provinz Brandenburg hat als
Demobilisierungskommissar durch Verfügung vom
10. Februar 1921 die Ausdehnung der Arbeits-
zeit im Bankgewerbe bis auf 63 Stunden wöchent-
lich und bei unauflösbaren Arbeiten noch darüber
hinaus zugelassen. Der Vertreter des Verbandes
der deutschen Bankbeamten Marx begründet die
Interpellation. Die Banken verstoßen fortgesetzt
gegen den Achtstundentag. Nachdem noch Fürsten-
berg, Dr. Simonsohn und der Syndikus des
Deutschen Gewerkschaftsbundes, Dr. Thiessen, über
die Regelung der Arbeitsverhältnisse im Bank-
gewerbe gesprochen haben, wurde ein Antrag auf-
gehoben, die Interpellation an den sozial-politischen
Ausschuß zu überweisen, vom Präsidenten als der
Geschäftsordnung nicht entsprechend für unzulässig
erklärt. Damit war die Interpellation beendet.
Es folgte der Bericht des Ausschusses für Sied-
lungs- und Wohnungsfragen zum Entwurf des
Reichsmietengesetzes. Auf Vorschlag des Präsidenten
soll nur die Generaldiskussion stattfinden, da eine
Gruppe des Hauses den Entwurf nochmals unter-
suchen möchte, und die Spezialdiskussion am
Montag nachmittag erfolgen.

Deutschnationaler Landes- parteitag.

Chemnitz, 27. Februar. Hier begann heute
der Landesparteitag der Deutschnationalen Volks-
partei. Die Tagung wurde am Nachmittag im
Kasinosaal mit einer Sitzung des Parteiausschusses
eingeleitet, an der die Vertreter der Einzel-
organisationen und Ortsgruppen in großer Zahl
teilnahmen. Der Vorsitzende, Fabrikdirektor Leh-
mann-Dresden, eröffnete die Sitzung mit einem
Rückblick auf die preussischen Landtagswahlen und
deren voraussichtliche Auswirkung auf die weitere

politische Gestaltung Preußens und des Reiches.
Aus dem Geschäftsbericht, den Reichsanwalt
Dr. Kurt Philipp-Dresden erstattete, ging hervor,
daß der Ausbau der deutschnationalen Partei-
organisation vorwärtsgewandten sei und das An-
wachsen der Mitgliederzahlen seit dem letzten
Parteitag wiederum ununterbrochen angehalten
habe. Sodann beschäftigte sich der Parteiausschuß
mit der zwangsweisen Eingemeindung von Dres-
dener Vororten, und zwar deshalb, weil sich diese
Frage infolge der Haltung der Regierung über
das lokale Gebiet hinaus zu einer politischen
Frage von großer Bedeutung ausgewachsen
habe, und nahm eine Entschließung an,
in der die Haltung der Landtagsfraktion
in dieser Frage gebilligt und die Auf-
forderung ausgesprochen wird, im Wider-
stand gegen zwangsweise Eingemeindungen zu
bestehen. Hierauf beauftragte Reichstagsabgeord-
neter Bädermeister Wiener (Chemnitz) die Be-
ratungen des Reichstages in der letzten Zeit und
verbreitete sich eingehend über die von der
deutschnationalen Fraktion hierbei eingenommene
Haltung. Reichstagsabg. Dr. Philipp (Worma) er-
gänzte die Ausführungen noch nach verschiedenen
Gesichtspunkten und Landtagsabg. Justizrat
Beutler (Chemnitz) verbreitete sich über die Hal-
tung der Landtagsfraktion in der Frage der Re-
gierungsbildung sowie über die von der Fraktion
der Regierung gegenüber in Zukunft zu be-
achtende Stellung.

„Der Deutsche“.

Berlin, 27. Februar. Die von Staats-
minister Stegerwald, dem 1. Vorsitzenden des
Deutschen Gewerkschaftsbundes, auf der Essener
Tagung angekündigte neue Tageszeitung erscheint
am 1. April d. J. in der Deutscher und Verlags-
anstalt Otto Stollberg & Co., Kommanditge-
sellschaft, Berlin W. 35, Potsdamerstr. 45, unter
dem Namen „Der Deutsche“, Tageszeitung für
deutsche Volksgemeinschaft. Sie wird für das
gemeinsame Wirken aller schaffenden Stände am
Wiederaufbau Deutschlands eintreten. Die Ver-
lagsleitung hat Otto Stollberg, der frühere Ver-
lagsdirektor der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“
und Inhaber des Verlags für Politik und Wissen-
schaft, inne. Die Redaktion übernimmt Dr.
Adolf Carter, Geh. Regierungsrat, der aus seiner
bisherigen Tätigkeit als Ministerialrat im Reichs-
verkehrsministerium zu diesem Zwecke aus-
scheidet wird.

Rundgebung der Kriegs- beschädigten.

Berlin, 27. Februar. Der Groß-Berliner
Gau des Internationalen Bundes der Kriegs-
beschädigten veranstaltete am Sonntag vormittag
eine Massenversammlung im Lustgarten, an der
etwa 12000 Personen teilnahmen. Der Vor-
sitzende Karl Liebt wandte sich gegen die Ver-
schleppung der Forderungen der Kriegsbeschädigten
und verlangte eine Beschleunigung der Auszahlung
der Rente. Dann bildete sich ein Demonstration-
zug, der sich nach dem Reichsarbeitsministerium
bewegte. Unterwegs ereigneten sich zahlreiche
Zwischenfälle. Der gesamte Verkehr wurde lahm-
gelegt. Einzelne Straßenbahnfahrer wurden täg-
lich angegriffen. Zu einem Zusammenstoß mit
der Schutzpolizei kam es am Alexanderplatz, wo
die Demonstrationen ein Lastauto mit Schutzpolizisten
umgingelten. Den Ordnen gelang es schließlich,
die Menge zum Weitergehen zu veranlassen. Mit
den Riebertufen auf die Schutzpolizei und Hoch-
rufen auf die Dritte Internationale und Sowjet-
rußland ging es weiter. Da das Arbeitsminis-

terium in der Schornsteinstraße von einer Hundert-
schaft der Schutzpolizei besetzt war, bewegte sich
der Zug nach dem Invalidenhaus, wo Liebt
abermals eine Ansprache hielt, die mit einem Hoch
auf die Weirévolution schloß. Dann löste sich der
Zug auf.

Schließung der Vulkanwerke.

Stettin, 27. Februar. Am Freitag sind die
Vulkanwerke in Stettin geschlossen und die Ar-
beiter ausgepeert worden. Der Grund zu dieser
Maßnahme ist darin zu suchen, daß ein Teil der
Schiffbauer seit einigen Tagen postive Resistenz
abte und die arbeitswilligen Kollegen durch Ge-
walt an der Arbeit hinderte.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 26. Februar. Auf der Tagesordnung
steht zunächst ein Nachtragsetzt, welcher der
Reichsregierung eine Kreditermächtigung in
Höhe von 6 1/2 Milliarden gibt. Zunächst sind
6 Milliarden für die Ausführung des Friedensver-
trages und 2 1/2 Milliarden für die allgemeine
Reichsverwaltung bestimmt. Die Vorlage wird ohne
Aussprache in allen drei Lesungen angenommen.
Ein Antrag Marx (Zentr.) u. Gen., der auch
von den anderen Regierungsparteien unterzeichnet
ist, geht dahin, daß für die Bestimmung des
religiösen Bekenntnisses eines Kindes die
Vorschriften des bürgerlichen Gesetzbuches
gelten mit der Maßnahme, daß das religiöse Be-
kenntnis des Kindes weder vom Vormund noch
vom Pfleger des Kindes geändert werden kann.
Nach vollendetem 14. Lebensjahre prüft dem Kin-
de die Entscheidung über sein religiöses Bekenntnis
zu. Bis hierher war die Entscheidung über das Religions-
bekenntnis eines Kindes der Landesregierung
überlassen. Dadurch wurde eine Rechtszersplitterung
herbeigeführt, der nun ein Ende gemacht werden
soll. Der Antrag wurde dem Rechtsausschuß über-
wiesen.

Dann wurde die Etatberatung beim Haushalt
des Reichspräsidenten fortgesetzt.
Abg. Wölkner (Zentr.) berichtet über den Haus-
haltplan des Reichspräsidenten. Das Gehalt des
Reichspräsidenten ist auf 150 000 M., die Auf-
wandsgebühren auf 250 000 M. erhöht worden.
In einer Entschließung wird eine Statistik über
das Ergebnis der Prüfungen der Gnadengefuche
verlangt.

Abg. Hoffmann-Kaiserlautern (Soz.): Der
Artikel 60 der Verfassung hat absichtlich den Prä-
sidenten außerhalb der Parteikämpfe gestellt und
die Verantwortung den Ministern gegeben, daran
halten wir fest.

Abg. Wölkner (Unabh. Soz.): Wir waren von
vornherein gegen die Einführung eines Präsidenten,
weil das zu einer republikanischen Monarchie führen
würde. Woher brauchen wir überhaupt einen Prä-
sidenten? Es besteht die Gefahr, daß er nur ein
Platzhalter für Wilhelm II. ist. Bei keiner
Schaltberhöhung ist man so freigebig gewesen, wie
beim Reichspräsidenten.

Bislangler Dr. Selige: Der Reichspräsident ist
dem Hause nicht verantwortlich, sondern der Reichs-
kanzler. Die Kritik einzelner Handlungen des
Reichspräsidenten in diesem Hause steht mit der
Verfassung im Widerspruch. Auf Einzelheiten kann
ich hier nicht eingehen. Ich bitte den Redner,
alle seine Angriffe bei den einzelnen Staats vorzu-
bringen. Da wird ihm die Antwort nicht vorzu-
halten werden.

Abg. Hoffmann (Komm.): Das letzte Haus bei
diesem Gegenstand kennzeichnet die hohe Achtung
vor dem Reichspräsidenten.

Der Haushalt des Reichspräsidenten
wird gegen die Stimmen der unabhängigen und
kommunistischen Abgeordneten angenommen.
Die Ausschussentscheidung wird einstimmig an-
genommen. Angenommen werden ferner die Staat-
besonderen Pensionen, wobei Abg. Meyer-
Zwidan (Soz.) trägt, daß die leitenden Beamten-

stellen der Versorgungsämter zu 96 Proz. mit
ehemaligen Offizieren besetzt seien. Das Reichs-
militärgericht und das des Rechnungshofes, der
Haushalt des Finanzministeriums werden abgelehnt,
da der Berichtsteller nicht anwesend ist.
Das Haus verlegt sich auf Montag 2 Uhr.
Verlängerung des Entlohnungsberichtes, Ent-
lassung der Gerichte. Schluß nach 2 Uhr.

Die Londoner Konferenz.

London, 27. Februar. In einer Unterredung
mit dem Pariser Berichterstatter des „Oberver“ gab
Poincaré Erklärungen ab, die nach Ansicht des Blattes
die Stellung Briands auf der Konferenz klären
werden. Poincaré sagte, er sei überzeugt, Frank-
reich werde keine Handlung unternehmen, die nicht
die moralische wenn nicht materielle Unterstützung
Englands finde. Für Frankreich sei die wertvollste
Sache die Aufrechterhaltung des Verbandes. Es
sei unbedenklich, daß die Solidarität der Verbündeten,
insbesondere die Freundschaft Englands, gepflegt
werden sollte. Eine der Hauptpflichten der Lon-
doner Konferenz sei die Festlegung genauer Entschlie-
nungen, der Methoden und des Augenblicks ihrer
Anwendung. Die Mitwirkung deutscher Arbeiter
am Wiederaufbau Nordfrankreichs in beschränkter
Zahl und unter genügender Aufsicht sei annehmbar.

Chequers, 27. Februar. Der Sonderbericht-
erstatter der Agentur Havas meldet: Lloyd George
und Briand besuchten die Gelegenheit zur Er-
örterung der großen Fragen, die auf der Konferenz
zur Sprache kommen werden. Auf eine dies-
bezügliche Anfrage gab Lloyd George die Antwort,
wir sind auf alle Ereignisse gefaßt.

Die internationale Sozialisten- konferenz.

Wien, 27. Februar. In der Schlussitzung
der internationalen Sozialistenkonferenz sprach Dr.
Otto Bauer aus Wien die Hoffnung aus, daß die
sozialistischen Parteien der anderen Länder, falls
der Verband mit militärischen Machtmitteln
Deutschertreich entgegentrete, dem Lande helfen
würden. Longuet (Frankreich) sagte, das öster-
reichische Volk könne nicht leben unter der Herr-
schaft des schmachvollen Friedensvertrages von St.
Germain. Renaudel (Frankreich) erklärte sich voll-
kommen mit einer Revision des Friedensvertrages
einverstanden. Nachdem Dr. Bauer Longuet im
Namen der Wiener Arbeiterchaft gedankt hatte,
wurden die Arbeiten der Konferenz beendet. In
den Volkshausauschuß für die internationale Ar-
beitsgemeinschaft wurden für Deutschland Gröppien
und Ledebour gewählt. Die vorgeschlagenen Ent-
scheidungen wurden angenommen. Zum Schluß
erklärte Ledebour, der Hauptzweck der Konferenz
sei durch die Gründung der Arbeitsgemeinschaft
erreicht.

Auflösung der französischen kantlichen Kohlenverteilungsstelle.

Paris, 27. Februar. Durch ministeriellen
Erlass wird die kantliche Kohlenverteilungsstelle
am 1. März 1921 aufgelöst.

Wahlen in Frankreich.

Paris, 28. Februar. Das Ergebnis der
Erstwahl für Müllerand und einen sozialistischen
Abgeordneten im 2. Wahlbezirk ist Stichwahl
zwischen den beiden Kandidaten des nationalen
Blods und den beiden Kommunisten. Im Depar-
tement Haute Savoie fand gestern die Nachwahl
für einen rechtsstehenden Abgeordneten statt. In
der Stichwahl verlor der nationale Bloch den
Wahlkreis an den Radikalen Duboin.

Wissenschaft und Kunst.

Dresden, 28. Februar.

Opernhaus. (Albert Forsting „Jat und
Zimmermann“.) In der Sonnabendvorstellung
der beliebigen Oper, die nach wie vor bezeugt,
daß ihr Schöpfer feinerzeit mit der Wahl des
alten Duvetier-Wiederwillenschen Schwankes von
den beiden Petern zum Opernstoff einen glück-
lichen Griff getan hatte, stellte sich gestern
Friedrich Jochel als Chateaufur vor. Der
junge Sänger war erfreulich bemüht, die Gestalt
in Haltung und Bewegungen, wie in Aussprache
und gefanglichem Vortrag glaubhaft zu machen.
Nur gewann man wieder den Eindruck, daß es
ihm nicht leicht fallen dürfte, jene gewisse Steif-
heit abzulegen, die ihm hier wie dort hinderlich
ist. Die Vorstellung erhielt übrigens ein erhöhtes
Interesse dadurch, daß in ihr Friedrich Plaiske
hier zum erstenmal nach seiner erfolgkrönten
Rückkehr von den Waidler Opernspektakeln auf-
trat. Es ist immer eine besondere Freude, zu
sehen, wie dieser Künstler im Spiel und Gesang
gleich überzeugend und eindrucksvoll die Jaren-
Gestalt in die Schwan-Handlung hineinsetzt, die
ihretseits dem Zuschauer doch auch wieder bei
allen handgreiflichen Unmöglichkeiten einige heitere
Stunden bereitet. Kapellmeister Kupschbach sorgte
für leichte flüssige Temp, und alle Mitwirkenden,
von denen natürlich an erster Stelle Ludwig
Remold als festhalt Komiker von Welt, Grete
Bertram als amantliche muntere Marie und
Rabiger als ihr lustiger Liebhaber Peter Jwa-
now zu nennen sind, waren in bester Stimmung.

(Richard Wagners „Tristan und
Isolde“.) Theodor Herzard, der, von
Raim Komend, gestern den Kurwenal sang,
hatte eigentlich als Motan sich und vorstellen sollen.
Mit der Änderung der Vorstellung entfiel natür-
lich diese Partie, und ich möchte sagen, das war
gut für den Gast, denn sie erfordert eine Stimme
von ausgesprochen hoch-baritonalem Charakter.

Theodor Herzard aber ist im Besitze einer eher
tenoral gefärbten lyrischen Baritonstimme. Das Beden-
liche jedoch ist, daß die Stimme durchaus noch im
Halle steht und bei dem dafür bezeichnenden guttu-
ralen Anschlag auch schon die charakteristische Tremolo-
Neigung zeigt. Jedenfalls wäre der junge Mann
hier sehr am Ort, und in der für ihn ent-
scheidenden Szene mit Tristan-Taucher erschien
um bewilligen dieser fast noch überraschender und
erschütternder in Spiel und Gesang. D. S.

Wissenschaft und Technik. Aus Hamburg
wird gemeldet: Prof. Scripture, früher an der
Hale-Universität, hat sich für das Sommersemester
an die Universität Hamburg verpflichtet. Scrip-
ture wird über englische Philologie und Ex-
perimentalphonetik lesen. Es ist dies die
erste Berufung dieser Art seit dem Kriege.

In Wien ist Prof. Dr. Karl Renger,
der bekannte Nationalökonom und Direktor des
Seminars für Nationalökonomie und Finanz-
wissenschaften an der Wiener Universität, im
81. Lebensjahre gestorben.

Literatur. Aus Wiesbaden meldet man:
Im Staatstheater erlebte Hermann Kessers
expressionsistisches Drama „Die Brüder“ die
Uraufführung. Zwei feindliche Typen — ein
kapitalistischer Machtmensch und ein heimkehrender
Reichsheimkehrer — stehen einander gegenüber.
Kesser wählt eine anspruchsvolle Form für einen
im Grunde hausbackenen Vorwurf. Die Reue
wurde ohne wesentliche Anteilnahme bei leichtem
Widerpruch aufgenommen.

Paul Claudels Drama „Der Lausch“
erlebte seine deutsche Uraufführung im
Wiener Burgtheater bei geteilter Aufnahme.

Bernhart Rehfes „Deutsche
Seele“ wird in der ersten Hälfte des März am
Stadtheater in Rattowitz zur Uraufführung
kommen.

Unter dem Titel „Das deutsche Schi-
jal“ läßt Hermann Sudermann eine „vater-
ländische Dramenteile“ bei J. W. Gotta (Stutt-

gart und Berlin) erscheinen. Die drei Stücke
heißen „Heilige Zeit“, „Opfer“ und
„Rottuz“.

Aus Riga schreibt man uns: Wie den
zwischen Blättern zu entnehmen ist, hat man
nächst einen bisher unbekanntes Roman
Turgenjens aufgefunden. Er trägt den Titel
„Ein Leben für die Kunst“ und wurde nur
deshalb noch nicht veröffentlicht, weil er das Ver-
hältnis Turgenjens zur berühmten Sängerin
Nardot-Garcia schildert. Der Dichter bestimmte,
daß der Roman erst 10 Jahre nach dem Tode der
Sängerin veröffentlicht werden dürfe. Der Roman
soll alsbald der Öffentlichkeit übergeben werden.

In Innsbruck ist hochbetagt Angelika
v. Hörmann, die Gattin des bekannten Kultur-
historikers Ludwig v. Hörmann, gestorben. Ihre
Werkstättungen („Trübungen aus Tirol“,
„Reue Gedichte“, „Auf stillen Wegen“) wie ihre
Epen („Die Saligen“ und „Osvald v. Wolfenstein“)
von ihrem Wohlstand der Sprache und zartem Ge-
fühl tragen ihren Namen weit über die Grenzen
ihres Heimatlandes Tirol hinaus. All die Blüten
ihrer lyrischen und epischen Kunst spiegeln getreu-
lich das Kulturleben und die Natur Schönheiten
Tirols und bekunden die große Liebe der Dichterin
zu ihrer Heimat. In ihrer stillen Bescheidenheit
hastete sie nicht nach dem flüchtigen Ruhm des
Tages; aber sie genoss doch die Verehrung der
Besten unseres Volkes in Österreich wie in
Deutschland.

Bildende Kunst. Aus Berlin wird gemel-
det: Die Große Berliner Kunstausstellung
wird am 14. Mai im Landesausstellungsgebäude
eröffnet werden. Neben dem Verein Berliner
Künstler und der Döllschöfer Künstlerchaft wer-
den die Freie Sezession, Ehrenpräsident Max
Liebermann, die November-Gruppe und der
Bund deutscher Architekten sich als geschlossene
Gruppen beteiligen; eine Reihe einzelner
Künstler und freie Einzelnungen aus allen Teilen
des Reiches werden weiter dazu beitragen, eine mög-
lichst lückenlose Übersicht über das Kunstschaffen des

letzten Jahres zu geben, da solche Werke, die
innerhalb der letzten zwei Jahre in Groß-Berlin
öffentlich ausgestellt waren, programmäßig nicht
zugelassen sind.

Ik. — Der Führerausschuß des Deut-
schen Hochschulrings ruft die kunstbegabten
Kommissionen, besonders der Technischen
Hochschulen, auf, sich an einem Preis-
ausreiben zur Schaffung eines wür-
digen Siegels zu beteiligen. Es wird um
Einsendung von Entwürfen, die mit einem Kenn-
wort versehen sind, an die Kanzlei des Deutschen
Hochschulrings, Hamburg 39, Grödenweg 7, bis zum
1. März 1921 gebeten. Die Namen der Ein-
sender sind in einem geschlossenen, mit dem
gleichen Kennwort versehenen Umschlage be-
izufügen. Die drei besten Entwürfe werden ver-
öffentlicht in den Rudensischen Zeitungen, in
denen die amtlichen Nachrichten des Deutschen
Hochschulrings mitgeteilt werden. Die Herstellung-
kosten dieser drei Entwürfe werden den Herstellern
erstattet. Außerdem sind drei Preise eingeteilt in
Höhe von 100 M., 75 M., 50 M.

Aus Rom berichtet man: Der deutsche
Archäologe Prof. Walter Amelung, heute
zweifellos der beste Kenner der antiken Plastik in
Rom, ist von dem neuen Generaldirektor der
päpstlichen Museen Mogara mit der Durchforschung
und Neuordnung der vatikanischen Skulpturen-
sammlung beauftragt worden. Prof. Amelung hat
in dem bisher völlig unzugänglich gewesenem
Magazin bereits sehr wichtige Funde gemacht,
welche die weltanschauliche Welt überraschen wer-
den. Der überaus reiche Inhalt dieser Magazine
soll in gut gelichteten Räumen dem Publikum zu-
gänglich gemacht werden, und so wird deutscher
Gelehrtenfleiß wieder hier neue Schönheit der
Welt erschließen.

Als Gruß aus Athen veröffentlicht jetzt der
dort weilende Leipziger Gelehrte Geh. Rat Stud-
niczka zur Winkelmanneier des Archäologischen
Seminars der Leipziger Universität einen von ihm
selbstgeheilten Kopf von dem Hauptmer-

Bau eines neuen Großstumpfschiffes in England.

K. P. London, 27. Februar. „Naval and Military Record“ hören aus Fortismond, daß in diesem Jahre dort mit dem Bau eines Großstumpfschiffes begonnen werden wird, bei dem alle Kriegselemente verwertet sind.

Ein englisches Urteil über das heutige Deutschland.

K. P. Berlin, 27. Februar. Die „Sunday Times“ veröffentlichen den Bericht eines gerade aus Deutschland zurückgekehrten Ingenieurs: Die deutsche Nation war durchweg für den Kriegsdienst organisiert, und in gewissem Sinne dauert diese Organisation für Friedenszwecke fort, und die Nation steht gewissermaßen noch in Waffen.

Die amerikanische Note zur Mandatsfrage.

Berlin, 27. Februar. In der Note der amerikanischen Regierung über die Verteilung der Mandate heißt es u. a.:

1. Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hat erfahren, daß der Völkerbundrat im Laufe der Pariser Session die Absicht hatte, die Frage der Mandate in ihren Einzelheiten zu prüfen und besonders ihren Wortlaut, ihre Anordnungen und ihre Verteilung zu studieren.

2. Meine Regierung hat gleichfalls erfahren, daß der Völkerbundrat in seiner Versammlung vom 17. Dezember in Genf außerdem die Zuteilung eines Mandates über alle ehemaligen deutschen Inseln im Stillen Ozean nördlich des Äquators gebilligt hat.

Die Regierung der Vereinigten Staaten ergreift diese Gelegenheit, um im freundschaftlichsten Geiste den Präsidenten und die Mitglieder des Völkerbundes darauf hinzuweisen, daß tatsächlich die Vereinigten Staaten, die in dem fernen und häufig gebrauchten Ausdruck „Alliierte und Assoziierte Hauptmächte“ eingegriffen sind, ihre Zustimmung zu dem Tenor und den Bestimmungen des Mandats nicht erteilt haben.

Die Vereinigten Staaten haben niemals ihre Einwilligung in die Einbeziehung der Inseln Japans in die dem japanischen Mandat unterworfenen Territorien erteilt.

Im Gegenteil hat der Präsident Wilson, als die Frage eines Mandates für die ehemaligen deutschen Inseln im Stillen Ozean nördlich des Äquators erörtert wurde, im Laufe dieser Erörterung im Namen seiner Regierung Sorge getragen, zu erklären, daß die Frage der Zuteilung der Inseln Japans dem Gegenstand einer späteren Prüfung bilden solle.

Schicksal der deutschen Kolonien interessiert und haben unbedeutender Stimme im Kapitel, wenn es sich darum handelt, über sie zu verfügen, was wie wir und ergebnis zu sagen erlauben, ohne ihre Einwilligung weder unternommen noch verwirklicht werden kann.

Anmerkung des B. T. V.: Wie aus der obigen Note hervorgeht, vertritt die amerikanische Regierung ebenso wie der Verband des Standpunkts, daß die Verteilung der Mandate eine Angelegenheit der fünf alliierten und assoziierten Hauptmächte ist.

Paris, 27. Februar. Nach einer Habas-Debatte aus Washington wird in Kreisen des Staatsdepartements erklärt, die Frage der Inseln Japans könne nicht durch ein Abkommen zwischen Amerika und Japan gelöst werden.

Paris, 27. Februar. Die „Journal des Debats“ mitteilt, daß der Völkerbundrat Balfour beauftragt, die Antwort auf die amerikanische Note in der Mandatsfrage zu entwerfen.

Das amerikanische Einwanderungsgesetz.

Washington, 27. Februar. Das Repräsentantenhaus hat das vom Senat genehmigte Einwanderungsgesetz angenommen. Danach wird vom 1. April 1921 ab für die Dauer von 15 Monaten die Zahl der Einwanderer einer jeden Nationalität auf 3 Proz. der Ausländer gleicher Nationalität festgesetzt.

Mitteilungen aus der öffentlichen Verwaltung.

Die in Berlin unterm 28. Februar ausgegebene Nr. 20 des Reichs-Gezetzblattes enthält: Bekanntmachung über die Einziehung von Orten in andere Klassen des Wohnungsgeldzuschußtarifs, sowie Retardierung über die Einfuhr von Ölrüchsen und Käsemeeren.

Vom Landtage.

Dem Landtage ist die Vorlage Nr. 25 zugegangen, den Entwurf eines Abänderungsgesetzes zu dem Gesetz über die Besoldung der Staatsbeamten und Lehrer vom 21. Mai 1920 betreffend. Durch den Entwurf werden die Kinderzulagen der sächsischen Beamten dahin geregelt, daß sie für jedes unterhaltsberechtigende Kind bis zum vollendeten sechsten Lebensjahre monatlich 40 M., bis zum vollendeten vier-

zehnten Lebensjahre monatlich 50 M. und bis zum vollendeten achtzehnten Lebensjahre monatlich 60 M. rückwirkend vom 1. Januar 1921 erhalten. Die Reichsbeamten erhalten diese Bezüge bereits seit dem 1. April 1920 und erhalten außerdem noch Kinderbeihilfen für Kinder ohne reichsteuerpflichtiges Einkommen vom vollendeten 18. bis zum vollendeten 21. Lebensjahre.

Weiter sind dem Landtage zwei kommunistische Anträge (Weimer und Gen.) zugegangen. Nr. 140:

Der Landtag wolle beschließen: Die Regierung wolle beauftragen, als Maßnahme zur Behebung des Kinderelends die unentgeltliche Schulbesuchung für alle Kinder sofort durchzuführen, und Nr. 141:

Der Landtag wolle beschließen: Die Regierung wolle beauftragen, sofort Mittel bereitzustellen, um den Erziehungsbedürftigen (Eltern oder Pflegern) der an Eltern zur Entlassung kommenden Schüler und Schülerinnen eine Beihilfe in Höhe der Kosten für die Ausstattung der SchülerInnen mit Kleidern und Wäsche zu gewähren zu können.

An Stelle der Beihilfe kann die kostenlose Vierung der Kleidungs- und Wäschekosten treten.

Die Beihilfe ist allen den Erziehungsberechtigten zu gewähren, deren Einkommen das Existenzminimum nicht erreicht. Das Existenzminimum ist anzusetzen bei Familien mit 1 Kind auf 15000 M., mit 2 Kindern auf 17000 M., mit 3 und mehr Kindern auf 20000 M.

Zu dem Antrag der Abg. Köllig, Prof. Dr. Hertwig, Drechsler (Dsch. Sp.) und Gen. auf Erleichterungen beim Rücktritt in den sächsischen Schuldienst für die im Ausland tätig gewesenenen sächsischen Lehrkräfte, stellt der Haushaltsausschuß A folgenden Antrag:

Der Landtag wolle beschließen: Die Regierung zu ersuchen, die jetzt bestehenden Hemmnisse und Nachteile nach Möglichkeit zu beseitigen, die den an deutschen Auslandsschulen tätig gewesenen sächsischen Lehrkräften den Rücktritt in den sächsischen Schuldienst erschweren.

Schließlich stellen die Abg. Donath, Winkwitz (Dsch. Sp.) und Gen. folgende Nr. 25e Anfrage:

1. In der Staatsregierung bekannt, daß landwirtschaftliche Brennereien, nachdem deren Besitzer im Dezember vorigen Jahres seitens der Reichs-Spiritusmonopolverwaltung aufgefordert wurde, durch Brennen von Mais dahin zu wirken, daß der Jnlandsbedarf an Spiritus gedeckt werde, infolge von Rohstoffmangel nicht in der Lage sind, ihren Brennereibetrieb aufzunehmen?

2. Was genehmt die Staatsregierung zu tun, um diesem Mangel abzuhelfen?

Örtliche Angelegenheiten.

Dresden, 28. Februar.

* Die Reichsprüfung des Seminars in Dresden-Plauen wurde am 19. Februar abgeschlossen. Alle 22 Prüflinge bestanden und schlossen damit ihre Ausbildung ab. Sie erhielten als wissenschaftliche Hauptzeuger 1 II, 6 IIIa, 8 II, 5 IIb, und 2 IIIa. Die Befähigung zum Kirchendienste erhielten 8 Prüflinge und zwei:

der griechischen klassischen Plastik, vom Parthenon. Es ist ein Jünglingskopf, der beim Barock in Athen gefunden wurde, aus pentelischem Marmor. Er gehört, wie die Seemannische „Kunsthronik“ mitteilt, zu dem Körper des jungen, mit einem Reitanzen kämpfenden Kapitän einer Seemetop: des Parthenon, die jetzt im Britischen Museum ist, und paßt dort genau auf die Bruststelle.

† In Schönstedt ist der Kirchenmaler Krügermann gestorben, der seinerzeit im Auftrage des früheren Kaisers in Jerusalem die Erlöserkirche ausgemalt hat.

Rußl. Aus Leipzig schreibt man und: „Bidura“, eine indische Tanzpantomime in zwei Akten von Heinrich Pflaßbecker, erlebte im Rahmen des Leipziger Festfestes am 26. Februar die erfolgreiche Uraufführung. Dr. Adolf Aber schreibt über die ausschließlich durch Dresdner künstlerische Kräfte bewirkte und von Frau Balletmeister Suzi Dahl in Szene geführte Vorstellung in den „Leipz. Neuesten Nachrichten“ folgendes: „Zu einer pantomimisch leicht verständlichen Handlung, die sich aus klaren, durchsichtigen und kontrastreich nebeneinander gestellten festlichen Situationen aufbaut, hat Pflaßbecker eine ansprechende Musik geschrieben, die Straußsche Herkunft im Koloret, in der nervösen Intenität der Themen nicht verleugnend, sich in den Höhepunkten der Handlung in eindringlicher Kantilene auszusprechen vermag.“

Rahmen (Maschinierdirektor Dobra, Leipzig) im Saale des „Zoo“ geschossen worden war, fand starken Beifall.

Am 5. März beginnt zu Antwerpen ein großes Beethovensfest zur Erinnerung an den 150. Geburtstag des Meisters. Außer andern Symphonien wird auch die Messe sowie die Missa Solemnis aufgeführt werden. Bronislaw Huberman wirkt als Solist mit. Die Konzerte stehen unter Leitung von Lodewijk De Waelt.

Wohltätigkeits-Konzert (Fritz Reiner und Tino Pattiera). Das zum Behen des Verbandes für Jugendhilfe gestern im Gewerkschaftssaal abgehaltene große Konzert des Philharmonischen Orchesters hatte erfreulicherweise sich des Erfolgs zu erfreuen, den man ihm schon um des edlen Zweckes willen, dem es galt, wünschen mußte. Die Vortragsordnung war im wesentlichen die gleiche, welche die beiden Künstler, die dem Abend sein Gepräge gaben, unlängst für Berlin zusammengestellt hatten. Nur das Preislied fiel aus und Puccinis Arie aus „Das Mädchen vom goldenen Westen“. Pattiera sang die ihm übrigens trefflich liegende Szene und Arie des Basco aus dem vierten Akt der „Africana“. Italienischer Charakter und italienische Sprache, wie er da in sein Element kam, als er sich ihrer bediente! Hier und in der Arie aus „Giocanda“ von Ponchielli feierte er mit vollem Recht seine höchsten Triumphe. Früher unter Schuch war oft geplant, diese Oper mit Volto „Weshtofel“, den beiden erfolgreichsten Opern der Nach-Beethoven-Zeit hier zu geben. Auch vom „Don Carlos“ Verdis war die Rede, der jetzt wieder über eine angelegene deutsche Bühne ging. Wagner ist begreiflicherweise nicht Pattieras Stärke, hingegen die Nummern aus „Carmen“, wie man aus der Oper weiß, dem lyrischen Charakter seiner Stimme prächtig liegt. Fritz Reiner ließ es sich nicht nehmen, seine Orchesterwerke ohne Partitur zu dirigieren. Er kann es sich leisten. Für die Ballade der „Damenstau“ von Ottorino Respighi,

einem als Komponist und Kompositionsdirektor in Bologna (geb. dafelbst 1879) lebenden Musiker, konnte ich mich nicht erörtern, schon für den Vorwurf nicht, der nichts anderes für die Musik ergeben konnte, als ein mit höchstem Raffinement eronnenes farbige symphonische Dichtung älterer programmatischer Art. Verily! Ouvertüre „Benvenuto Cellini“ und Richard Strauß' „Zill Eulenspiegel“ ließen Reiner ehlere Triumphe feiern, seine Berufung zum temperamentvollen, großzügigen Orchesterleiter überzeugend erkennen. D. S.

Dresdner Madrigalchor. Die im musikalischen Leben unserer Stadt sich mit Recht eines festbegündeten Rufes erfreuende Chorvereinigung gab am Sonnabend im LogenSaal ihr übliches Winterkonzert. Ihrem künstlerischen Programm getreu, der Pflege des reinen a cappella-Gesanges, war die Vortragsfolge zusammengestellt. Sie begann und schloß mit Chorgerängen aus dem 16. bis Anfang des 18. Jahrhunderts; in dieser chronologischen Hinsicht machte Benedetto Marcello (1686 bis 1739) den Schluß, der große italienische Zeitgenosse Bachs. Im übrigen waren die letzten Nummern Gesänge von Orlando di Lasso und Leone Leon, teils heiteren Inhalts, teils von Liebescharakter. Im zweiten Teile war Valeriana vertreten, u. a. besonders gewichtig mit „O süßer Tod“. Da mußte man dann freilich sein Ohr anders einstellen, als die Damen und Herren zwei neuerzeitlichen russischen Komponisten Sergei Tanajew und A. G. Tschernomow das Wort vergönnten, wenn auch zugegeben werden muß, daß namentlich des letzteren Betonung eines Gedichtes von Georgiew „Dämmrige Alleen“ einen eigenen Stimmungsreiz besitzt. Aber wie singen das alles auch unsere Madrigalisten. Da empfindet man als die Grundlage die Pflege der Tonkultur, der sächsischen Stimmziehung. In ihr gestützt, als nicht von ihr zu trennende Faktoren die Reinheit der Intonation und eine jedem Worte, jeder Silbe ihr Recht zuteil werden lassende Aussprache. Kurz, Musikdirektor Otto Winter hat sich da einen kleinen Elitochor herangebildet, der,

wo er erscheint, des Erfolges sicher sein darf. Zwischen den Gesangsvorträgen boten in rühmenswertem künstlerischen Zusammenwirken John Amans (Pflö) und Rudolf Zwintz (Klavier) wertvolle instrumentale Darbietungen. Ich höre eine Sonate von Friedrich Kuhlau (1786 bis 1839), in welcher der liebe alte Herr vor allem im Finalteil etwas mehr in die Breite geht, als gut ist. Dafür lebte aber, ähnlich wie in dem Quartett für vier Flöten, das ich tags zuvor in der Konservatoriums-Aufführung hörte, der sentimentale und gelante Stil der Spätromantik im Andante um so reizvoller auf, als John Amans den Flötenpart hervorragend meisterte. D. S.

* Die Gedächtnisfeier des Mozartvereins-Jubiläums von Prof. Otto Schmid nimmt in erschöpfender Weise Bezug auf das Werden und Wesen der für das Dresdner Musikleben so wichtig gewordenen Körperschaft. Bei Gelegenheit des Jubiläums ist über die Geschichte des Vereins ausführlich berichtet worden. Für heute sei auf die folgende und mandatoriel neue Jäge dringende Schrift empfehlend hingewiesen. Prof. Schmid, Mitbegründer und langjähriges Vorstandsmitglied des Mozartvereins, hat mit erschütterlicher Liebe alles zusammengetragen, was bedeutungsvoll erscheint und für weitere Kreise Interesse besitzt. Wie die früheren Arbeiten des Dresdner Musikforschers („Tonkünstlerverein“ u. a. m.) verrät auch die neue Veröffentlichung große Sachkenntnis. Das Fest ist mit einer Abbildung des schönen Dresdner Mozartdenkmals und einem Bilde des Meisters selbst geschmückt. Das beigefügte Beglaubigungsschreiben von Karl Mozart (Sohn) für die sprechende Ähnlichkeit gerade dieser Wäse seines Vaters (Mailand 1857) hat besonderen Reiz und musikhistorischen Wert. S. P.

Höhle bestehenden Hauptgeschäft. Der Fabrikant Clemens Kurt Höhle in Oberstroma ist Inhaber (Geschäftsraum: Blochmannstr. 16);

5. auf Blatt 15922, betr. die Firma Arthur Stamm in Dresden: Der Inhaber Arthur Gottfried Stamm ist ausgeschieden. Alle ledigen Venn in Dresden ist Inhaberin. Prokura ist erteilt dem Kaufmann Arthur Gottfried Stamm in Dresden;

6. auf Blatt 13725, betr. die Firma Hermann Roth in Dresden: Die Inhaberin Bertha Henriette Josephine Roth geb. Hemmerling ist ausgeschieden. Der Kaufmann Hermann Roth in Dresden ist Inhaber. Prokura ist erteilt der Kaufmannsbehrerin Bertha Henriette Josephine Roth geb. Hemmerling in Dresden (Geschäftsraum: Halbersteinplatz 3);

7. auf Blatt 14021, betr. die Firma Heimat-Verlag Emil Voigt in Dresden: Der Inhaber Heimatsbehrerin Martha Johanne Auguste Voigt geb. Bahndorf in Dresden ist Inhaberin. Sie hat sich nicht für die im Betriebe des Geschäfts begründeten Verbindlichkeiten des bisherigen Inhabers, es gehen auch nicht die in dem Betriebe begründeten Forderungen auf sie über;

8. auf Blatt 1826, betr. die Firma G. H. Kaufmanns Buchhandlung (Rudolf Heine) in Dresden: Prokura ist erteilt dem Buchhandlungsgesellen Ernst Otto Seemann in Dresden. 10734 Amtsgericht Dresden, Abt. III, 25. Febr. 1921.

Auf Blatt 11968 des Handelsregisters, betr. die Aktiengesellschaft Eisenwerk G. Reuter, Aktiengesellschaft in Coschewitz ist heute eingetragen worden: Die Generalversammlung vom 24. Januar 1921 hat beschlossen, das Grundkapital um eine Million zweihundertundfünfundzigtausend Mark, bestehend in einundzwanzig Stammaktien zu je einundzwanzig Mark, die zum Kurse von 123 %, angegeben werden sollen, und in zweihundertundfünfundzig Vorzugsaktien zu je einundzwanzig Mark, die zum Kurse von 108 %, angegeben werden sollen, zu erhöhen. Die Erhöhung des Grundkapitals ist erfolgt. Das Grundkapital beträgt nunmehr vier Millionen Mark und zerfällt in dreitausendsechshundertundfünfundzig Stammaktien zu je einundzwanzig Mark und zweihundertundfünfundzig Vorzugsaktien zu je einundzwanzig Mark, die sämtlich auf den Inhaber lauten. Der Gesellschaftsvertrag vom 20. April 1909 ist in § 5 und ferner in den §§ 1, 10, 12, 14, 18, 22 und 27 durch Beschluss der Generalversammlung vom 24. Januar 1921 laut notarieller Niederschrift vom gleichen Tage abgeändert und durch Streichung des § 21 sind die bisherigen §§ 22-27 mit den Nummern 21-26 versehen worden.

Es wird noch bekanntgegeben, daß die Vorzugsaktien aus dem verteilbaren Jahresgewinn ab 1. Januar 1921 vor den Stammaktien einen Jahresgewinnanteil im Höchstbetrage von 7 % auf das eingezahlte Kapital erhalten, bei der Auflösung der Gesellschaft sowie im Falle der Herabsetzung des Grundkapitals zum Zwecke der Abschaltung der Vorzugsaktien aus der verteilbaren Masse den eingezahlten Betrag von 108 % sowie etwa rückständige Gewinnanteile erhalten, bevor auf die Stammaktien etwas entfällt, und daß die Vorzugsaktien das Recht der Stimmrechte vom gleichen Reimbetrage der Stammaktien haben. Die neuen Stammaktien werden zum Kurse von 123 %, und die Vorzugsaktien zum Kurse von 108 % abgegeben. 10738 Amtsgericht Dresden, Abt. III, den 25. Febr. 1921.

Auf Blatt 16291 des Handelsregisters ist heute die Gesellschaft Volkshilfe Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit dem Sitz in Dresden und weiter folgendes eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 23. Dezember 1920 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist, auf gemeinnütziger Grundlage Volkshilfe zum vorübergehend unentgeltlichen Aufenthalt und zur Verabreichung möglichst kostloser Speisen und Getränke für jedermann, in erster Linie für Kinder, demittelt, zu erwerben, neu zu errichten, zu besitzen und zu betreiben. Das Stammkapital beträgt einhunderttausend Mark. Zum Geschäftsführer ist bestellt der Direktor Otto Victor Köhmer in Dresden. — Aus dem Gesellschaftsvertrage wird noch bekanntgegeben: Der Gesellschaftsverein Volkshilfe bringt zum Gesamtvermögen von 98 000 M. nach dem Stande vom 1. Oktober 1920 Lebensmittel in die Gesellschaft ein. Diese Sachanlage wird zum Werte von 98 000 M. von der Gesellschaft angenommen. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Dresdner Anzeiger. (Geschäftsraum: Johannisstr. 23.) 10735 Amtsgericht Dresden, Abt. III, 25. Febr. 1921.

Auf Blatt 405 des Handelsregisters, die Firma Camillo Schöly in Freiberg betr., ist heute eingetragen worden: Der Kaufmann Hilber Camillo Rudolf Strauß in Freiberg ist als Geschäftsführer in das Handelsregister eingetragen. Die Gesellschaft ist am 1. Januar 1921 errichtet worden. 10746 Amtsgericht Freiberg, den 26. Februar 1921.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden: a) auf Blatt 363, Union-Werke Aktiengesellschaft Ausbrenn-Metallwaren und Plakatfabrik in Radebeul betr.: Der Gesellschaftsvertrag vom 28. November 1917 ist in den §§ 20 Abs. 1, 40 Abs. 7a durch Beschluss der außerordentlichen Generalversammlung vom 25. Januar 1921 laut Notariatsprotokoll von diesem Tage abgeändert worden; b) auf Blatt 385, Hönig & Ludas Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Radebeul betr.: Die Liquidation ist beendet. Die Firma ist gelöscht. 10749 Amtsgericht Radebeul, den 25. Febr. 1921.

In das Handelsregister ist auf Blatt 392 eingetragen worden: Die Firma G. Alfred Meißel (Frankfurter) in Klingenthal und als deren Inhaber der Kaufmann Carl Alfred Meißel in Klingenthal ist Protota erteilt. Dem Kaufmann Friedrich Wilhelm Meißel in Klingenthal ist Protota erteilt. 10767 Amtsgericht Klingenthal, 21. Februar 1921.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

1. auf Blatt 19671 die Firma Jacob Fischer in Leipzig (Brühl 71). Der Kaufmann Jacob Leiser Fischer in Leipzig ist Inhaber. (Angegebener Geschäftsraum: Rauchwarenhandels- und Kommissionsgeschäft);

2. auf Blatt 6534, betr. die Firma J. W. Heinemann in Leipzig: Prokura ist erteilt dem Kaufmann Julius Paul Schneider in Leipzig;

3. auf Blatt 16308, betr. die Firma Leipziger Tageblatt Dr. Reinhold & Co. in Leipzig: Die Firma lautet künftig: Dr. Reinhold & Co. Die Einlage des Kommanditisten ist erhöht worden. Die Prokura des Dr. phil. Erich Rudolf August Eberth und Eduard Louis Johannes Gering ist gelöscht. Prokura ist erteilt dem Oberfaktor Friedrich August Paul Winter, Hermann Georg Fritz Jund und dem Chefredakteur Wolther Paul Johannes Gerlach, sämtlich in Leipzig. Jeder von ihnen darf die Gesellschaft nur in Gemeinschaft mit einem anderen Prokuristen vertreten;

4. auf Blatt 18437, betr. die Firma Eduard Krüger in Leipzig: Die Handelseinberufung ist nach Einsicht verlegt worden, weshalb die Firma hier in Wegfall kommt;

5. auf Blatt 18527, betr. die Firma Wäcker-Rube Otto Müller in Leipzig: Ernst Otto Müller ist als Inhaber ausgeschieden. Der Buchhändler Johannes Wilhelm Ripperer in Leipzig ist Inhaber;

6. auf Blatt 18999, betr. die Firma Erich Blath & Co. in Leipzig: Prokura ist erteilt an Lucie Linda Agnes verehel. Blath geb. Georg in Leipzig;

7. auf Blatt 19269, betr. die Firma Formann, Wand & Co. in Leipzig: Othmar Wolf Formann ist als Geschäftsführer ausgeschieden. In die Gesellschaft ist eingetreten der Kaufmann Salomon Rabelreich in Leipzig. Othmar Rabelreich ist als Geschäftsführer ausgeschieden;

8. auf Blatt 9131, betr. die Firma Dermatoid-Werke, Paul Weigener in Leipzig: Die Firma ist — nachdem sie auf eine Aktiengesellschaft übergegangen ist — gelöscht;

9. auf Blatt 14134, betr. die Firma Reinhold Albrecht Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig: Die Firma ist — nach beendeter Liquidation — gelöscht; [10751]

10. auf Blatt 15037, betr. die Firma Arno Anape Nachf. in Leipzig: Die Firma ist gelöscht;

11. auf Blatt 346, betr. die Firma Oswald Gutnacher Nachfolger in Leipzig: Jenny verehel. Köhler geb. Reinosch und Eise verehel. Köhler geb. Jutale sind als Geschäftsführer ausgeschieden. Geschäftsführer sind die Fabrikdirektoren Max Kurt Köhler in Leipzig und Julius Max Köhler in Leipzig. Die Gesellschaft ist am 1. Januar 1921 errichtet;

12. auf Blatt 15437, betr. die Firma Brauerei Widau & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig: Zum Geschäftsführer ist bestellt der Geschäftsführer Karl Friedrich Ludwig Schäfer in Leipzig. 10752 Amtsgericht Leipzig, Abt. III, 25. Februar 1921.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

1. auf Blatt 149, betr. die Firma Theob. Thomas in Leipzig: Friedrich Wilhelm Junghans ist — infolge Ablebens — als Inhaber ausgeschieden. Geschäftsführer sind die Buchhändler Christian Karl Döring und Georg Max Wilhelm Stehling, beide in Leipzig. Die Gesellschaft ist am 1. Juli 1919 errichtet. Sie hat sich nicht für die im Betriebe des Geschäfts vor dem 1. Juli 1919 entstandenen Verbindlichkeiten des bisherigen Inhabers, es gehen auch nicht die in dem Betriebe vor diesem Zeitpunkte begründeten Forderungen auf sie über. Die Prokura des Christian Karl Döring ist gelöscht;

2. auf Blatt 1356, betr. die Firma Hermann Samson in Leipzig: Der Geschäftsführer Max Friedrich Sumner hat seinen Wohnsitz nach Preßdel b. Gohrisch verlegt. In die Gesellschaft sind eingetreten der Kaufmann Albert Bernhard de Viagre in Leipzig als persönlich haftender Geschäftsführer und drei Kommanditisten. Die Prokura des Othmar Felix Reinhardt ist gelöscht;

3. auf Blatt 9948, betr. die Firma Sieger & Wiegand in Leipzig: In die Gesellschaft ist ein Kommanditist eingetreten;

4. auf Blatt 13467, betr. die Firma Weiniger, Gebbert & Schall Aktiengesellschaft, Zweigniederlassung Leipzig in Leipzig, Zweigniederlassung: Die Prokura des Wilhelm Berger ist gelöscht;

5. auf Blatt 14861, betr. die Firma J. G. Luandt & Wangelöder, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig: Der Gesellschaftsvertrag ist durch Beschluss der Geschäftsführer vom 14. Januar 1921 laut Notariatsprotokoll von demselben Tage in den §§ 1, 3, 9, 10, 11 und 20 abgeändert worden;

6. auf Blatt 16014, betr. die Firma Ernst Schartz, Huber & Co. in Leipzig, Zweigniederlassung: Prokura ist erteilt dem Kaufmann Heinrich Klauß und Konrad Schartz, beide in Leipzig. Sie dürfen die Gesellschaft nur gemeinschaftlich vertreten;

7. auf Blatt 16840, betr. die Firma Optische Anstalt G. V. Goetz, Aktiengesellschaft, Abteilung Scheinwerferbau in Leipzig, Zweigniederlassung: Prokura ist erteilt dem Oberingenieur Julius Humbrecht in Berlin-Steiglitz. Er darf die Gesellschaft nur in Gemeinschaft mit einem Vorstandsmitgliede vertreten;

8. auf Blatt 18164, betr. die Firma Claf Terp & Co. Tiefbohrergesellschaft in Leipzig: Der Sitz der Gesellschaft ist nach Böhlitz-Ehrenberg verlegt;

9. auf Blatt 19336, betr. die Firma Societ & Kausch in Leipzig: Friedrich Karl Kausch ist als Geschäftsführer ausgeschieden;

10. auf Blatt 19489, betr. die Firma Reform-Versicherungsvereinsvereinigung Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig: Der Gesellschaftsvertrag ist durch Beschluss der Geschäftsführer vom 20. Januar 1921 laut Notariatsprotokoll von diesem Tage in den §§ 1 und 3 abgeändert worden. Der Gegenstand des Unternehmens ist wie folgt erweitert worden: Nachweis der Gelegenheit zu Abzinsen auf dem Gebiete des unbeschränkten und des beschränkten Vermögens und Vermittelung solcher Abzinsfälle. Die Firma lautet künftig: Friedrich Koch & Co. Versicherungsgesellschaft mit beschränkter Haftung. 10748 Amtsgericht Leipzig, Abt. II B, den 25. Febr. 1921.

Die auf den Blättern 2720, 10259, 12517, 12519, 12533, 13281, 14094, 14908, 15070, 15111, 15117, 15231, 15261, 15266, 15391, 15431, 15484, 15697, 15955, 16047, 17064 des Handelsregisters für den Amtsgerichtsbezirk Leipzig eingetragenen Firmen Keller & Lange, Heinrich Jüttner, Margarete Grau, Ebermuth, Cooper & Co., Hunsb & Co., Leipziger Krämer-Werkstatt, Leipziger Zrenthaus-Gesellschaft für Versicherungszwecke W. Müller & Co., Romananberg-Gesellschaft, Elga Adrit für Feinmechanik und Elektrotechnik Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Ernst Knoll, Otto M. J. den Hartich, sämtlich in Leipzig, sollen nach § 3 Abs. 2 des Handelsgesetzbuchs von Amts wegen gelöscht werden. Es werden daher die Inhaber dieser Firmen oder deren Rechtsnachfolger hiermit aufgefordert, etwaige Widersprüche gegen die Löschung bis 31. August 1921 schriftlich oder zu Protokoll des Gerichtsschreibers hier geltend zu machen. 10752 Amtsgericht Leipzig, Abt. II B, 25. Februar 1921.

Auf Blatt 19869 des Handelsregisters ist heute die Firma M. Lipmann, Galvanisieranstalt und Metallwarenfabrik Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig (Gohlis, Äußere Halleische Str. 116) eingetragen und weiter folgendes vermerkt worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 31. Januar 1921 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Betriebsführung der bisher von dem Ingenieur Morris Lipmann in Leipzig unter der nicht eingetragenen Firma M. Lipmann betriebenen Galvanisieranstalt sowie deren Erweiterung auf die Herstellung von Metallwaren überhaupt und der Abschluß aller damit im rechtlichen oder wirtschaftlichen Zusammenhang stehenden Geschäfte. Die Gesellschaft ist auch berechtigt, sich an anderen Gesellschaften mit gleichem oder ähnlichem Zweck zu beteiligen. Das Stammkapital beträgt dreihunderttausend Mark. Sind mehrere Geschäftsführer vorhanden, so sind zur Vertretung nur zwei Geschäftsführer oder ein Geschäftsführer gemeinschaftlich mit einem Prokuristen berechtigt. Zum Geschäftsführer ist bestellt der Kaufmann Walter Lufsig in Leipzig.

Aus dem Gesellschaftsvertrage wird noch bekanntgegeben: Der Geschäftsführer, Ingenieur Morris Lipmann in Leipzig, leistet seine Stammeinlage dadurch, daß er vor ihm bisher in Leipzig unter der nicht eingetragenen Firma M. Lipmann betriebene Galvanisieranstalt mit allen Aktiven und Passiven und mit dem Rechte, die Firma mit oder ohne Zufug weiterzuführen, nach dem Stande vom 1. Januar 1921 auf Grund einer für diesen Tag aufgestellten Bilanz in die Gesellschaft einbringt. Der Wert dieser Einlage ist auf 11 000 M. festgestellt worden. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im jeweiligen Amtsblatt des Stadtrats zu Leipzig. 10749 Amtsgericht Leipzig, Abt. II B, am 25. Febr. 1921.

Auf Blatt 19870 des Handelsregisters ist heute die Firma Rudolph & Rannede Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig (Härtelstr. 25) eingetragen und weiter folgendes vermerkt worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 10. Februar 1921 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung und der Verkauf von Kassen, Schließern und Büchsen sowie sonstigen Gegenständen aller Art. Zur Erreichung dieses Zweckes ist die Gesellschaft befugt, gleichartige oder ähnliche Unternehmungen zu erwerben, sich an solchen Unternehmungen zu beteiligen und deren Vertretung zu übernehmen. Das Stammkapital beträgt fünfzehntausend Mark. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch mindestens zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer und einen Prokuristen vertreten. Zum Geschäftsführer ist bestellt der Kaufmann Wilhelm Rannede in Leipzig. 10750

Aus dem Gesellschaftsvertrage wird noch bekanntgegeben: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Dresdner Anzeiger. 10751 Amtsgericht Leipzig, Abt. II B, am 25. Febr. 1921.

Auf dem die Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt Zweigstelle Lengenfeld L. in Lengenfeld betr. Blatt 307 des hiesigen Handelsregisters ist heute eingetragen worden, daß der Kommerzienrat Hugo Keller in Leipzig als Mitglied des Vorstandes ausgeschieden ist. 10753 Amtsgericht Lengenfeld (Gohlis), 26. Febr. 1921.

Auf Blatt 227 des hiesigen Handelsregisters, die Firma Ernst Schumpler in Böhlitz betr., ist heute eingetragen worden: Der Kaufmann Otto Ernst Schumpler in Böhlitz ist in das Handelsregister eingetragen. Die Gesellschaft hat am 1. Januar 1921 begonnen. Die Prokura des Kaufmanns Otto Ernst Schumpler in Böhlitz ist erteilt. 10763 Amtsgericht Böhlitz, 24. Februar 1921.

Auf Blatt 238 des Handelsregisters, betr. die Firma Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt Zweigstelle Marienberg, Zweigniederlassung der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt in Leipzig, ist heute eingetragen worden, daß der Kommerzienrat Hugo Keller in Leipzig als Mitglied des Vorstandes ausgeschieden ist. 10754 Amtsgericht Marienberg, 25. Febr. 1921.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

a) auf dem Blatte der Firma Industriewerke Aktiengesellschaft in Plauen, Nr. 2897: Die in der Generalversammlung vom 20. Dezember 1920 beschlossene Erhöhung des Grundkapitals ist erfolgt. — Weiter wird bekanntgegeben, daß die neuen Aktien, und zwar 595 Stück Stammaktien zum Kurse von 150 %, die übrigen 755 Stammaktien und die 150 Stück Vorzugsaktien zum Nennwerte ausgegeben worden sind;

b) auf dem Blatte der Firma Robes & Zahn, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Plauen, Nr. 1376: Der ledigen Helene Agnes Zahner und dem Kaufmann Otto Richard Ray Zahner in Plauen ist Gesamtprokura erteilt;

c) auf dem Blatte der Firma Emil Bollmer in Plauen, Nr. 1273: Der Kaufmann Georg Hans Bollmer ist in das Handelsregister eingetragen; seine Prokura ist gelöscht; die Gesellschaft hat am 1. Januar 1921 begonnen;

d) auf dem Blatte der Firma Adolph & Ojentrant in Plauen, Nr. 3577: Die Gesellschaft ist aufgelöst; Richard Adolph Ojentrant ist ausgeschieden; der Kaufmann Otto Karl Heinrich Adolph in Plauen führt das Handelsregister unter der bisherigen Firma allein fort;

e) auf dem Blatte der Firma Curt Göhn in Plauen, Nr. 327: Die Firma lautet künftig: Göhl. Metallwaren- und Kleinbeschäftigungs-Industrie Curt Göhn;

f) auf Blatt 1792 die Firma Thos & Richter in Plauen und weiter, daß der Kaufmann Johann Adam Albert Thos und der Tischhändler Friedrich Albert Richter in Plauen die Geschäftsführer sind und die Gesellschaft am 15. Februar 1921 begonnen hat. — Angegebener Geschäftszweig: Handel mit Landbesprengeln. 10755 Amtsgericht Plauen, 26. Febr. 1921.

Auf Blatt 89 des hiesigen Handelsregisters, die Firma Joh. Ehrst. Schöne in Großschönau betr., ist heute eingetragen worden: Hermann Erwald Schöne ist infolge Todes ausgeschieden. 10756 Amtsgericht Pulsnitz, am 14. Februar 1921.

Auf Blatt 598 des hiesigen Handelsregisters ist heute eingetragen worden die Firma Otto Berner in Zschandorf und als deren Inhaber der Holzhändler Otto Berner in Zschandorf. (Angegebener Geschäftszweig: Handel mit Holz.) 10757 Amtsgericht Zschandorf i. G., 24. Febr. 1921.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden: a) auf Blatt 1972, die Firma Hof & Schletter hier betr.: Kurt Ernst Hof ist ausgeschieden, die Gesellschaft ist aufgelöst. Adolf Schletter führt das Handelsregister unter der bisherigen Firma als Einzelkaufmann weiter; b) auf Blatt 2208, die Firma Wagner & Co. in Zwickau betr.: Die Firma lautet künftig Wagner & Co. Filiale Zwickau. 10758 Amtsgericht Zwickau, 21. Febr. 1921.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

a) auf Blatt 678, die Firma Brenner & Seifarth in Zwickau betr.: Franz Adin Brenner ist ausgeschieden. Ida Wilhelmine verw. Brenner geb. Dahn in Zwickau ist als persönlich haftende Geschäftsführerin in die Gesellschaft eingetreten. Sie ist von der Vertretung der Gesellschaft ausgeschlossen. Gesamtprokura ist erteilt den Kaufleuten Albert Martin Seifarth und Alfred Hübner, beide in Zwickau;

b) auf Blatt 2427, die Firma Sächsische Textilhandels-Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Zwickau betr.: Die Gesellschaft kann durch Kündigung seitens der Geschäftsführer Kurt Wener und Hoff Meyer aufgelöst werden. Die Kündigung ist nur unter Einhaltung einer sechsmonatigen Frist für den Schluss eines Geschäftsjahres zulässig. Der Gesellschaftsvertrag ist durch Beschluss der Geschäftsführer vom 22. Febr. 1921 dahin abgeändert worden, daß beim Vorhandensein mehrerer Geschäftsführer die Gesellschaft durch einen Geschäftsführer oder einen Prokuristen vertreten wird;

c) auf Blatt 2433 die Firma Moritz Pampel Nachf. in Schöndewitz. Inhaber ist der Ingenieur Wilhelm Nazarenus in Rodwa, der das bisher unter der nicht eingetragenen Firma Moritz Pampel betriebene Geschäft von den Erben des bisherigen Inhabers, Ingenieur Moritz Pampel in Schöndewitz erworben hat. Angegebener Geschäftszweig: Herstellung von Wasserverzorgungsanlagen;

d) auf Blatt 2379 und 2380, die Firmen Gaudlitz und Cafe Vaterland Inh. Emma Wegner hier betr.: Die Firma ist gelöscht. 10759 Amtsgericht Zwickau, 24. Febr. 1921.

Sächsische Landesbibliothek.
Verzeichnis der vom 28. Februar bis 12. März im Lesesaal ausgetretenen Neuerwerbungen. (G. = Geschenk.) — Bei Bestellungen ist die hinter jedem Titel stehende Seitennummer mit anzugeben.
I. Geschichte und Geographie:
Bartels, Hjalte und Wolfram. (1920.) (Geogr. Germ. 43a.) — v. Bennigsen, Der Adel von Hannover, Lüneburg, Braunschweig, Lippe u. Bremen bis zum Jahre 1866. I. (1912.) (Hist. Germ. biogr. 533b.) — Blümmel und Guggib, Altweinesches. (1920.) (Hist. urb. Germ. 3014a.) — von Boehn, Nototo in Frankreich im 18. Jahrh. 2. Aufl. (1. 1.) (Hist. Gall. A 83.)

— Brandes, Miniaturen. (Hist. misc. B 493m.) — Burg, Die schöne Gräfin Königsmark. (1919.) (Hist. Sax. D 745f.) — von Eckardt, Was den Tagen von Hermanns Kampf gegen Capri. (1920.) (Biogr. er. D 2797a.) — Friedrich Engels, Schriften der Frühzeit. Gef. u. Hrg. v. Mayer. (1920.) (Biogr. er. D 2822a.) — Hartung, Deutsche Geschichte von 1871—1914. (1920.) (Hist. Germ. E 326m.) — Hauck, Kirchengeschichte Deutschlands V, 2. (1920.) (Hist. germ. univ. 574m.) — Das alte Meer. Bon einem Stadtschiff. (1920.) (Jus publ. Germ. D 971g.) — von Hejmann, Politische Geschichte der Deutschen. I. (Hist. Germ. univ. 422p.) — Holland, Haben die Polen und Litauer ein historisches Recht auf Ostpreußen? (1919.)

(Hist. Pruss. 425m.) — Horneffer, Die Wiederherbau des deutschen Volkes („Gefennis“ II. Band). (1920.) (Hist. Germ. E 594.) — Inventare der nichtstaatlichen Archive im Freistaat Hessen. I.: Inventare der evangel. Pfarrarchive, bearb. v. Herrmann. (1920.) (Hist. Hass. 222a.) — Kakan, Berlin wie es war. 7. Aufl. (1919.) (Hist. urb. Germ. 1375f.) — Kofler, Zur preussischen u. deutschen Geschichte. (Hist. Bur. 358s.) — Kreyer, Silber-Champagner. Berliner Erinnerungen u. Studien. (Hist. urb. Germ. 1375m.) — Ruch, Deutsche Stammeskunde. 3. Aufl. (Sammlung Göschen.) (1920.) (Geogr. Germ. 144b.) — Reumair, In allen Winkeln des Ballans. (1919.) (Hist. univ. B 1441f.) — Raufsch, Österreich-Ungarn

in u. nach dem Kriege. (1916.) (Hist. Austr. 849pv.) — Reichmann, Schneider, Hofmeister, Ein Jahrbuch deutscher Kultur. Quellen von 800 bis 1500. (Geogr. Germ. 452a.) — Schmoller, Preussische Verfassung, Verwaltung- und Finanzgeschichte. (Hist. Bor. 1039f.) — Wiegler, Weissenstein. (1920.) (Hist. Germ. biogr. 937wd.)
II. Unterrichtslehren, Theologie:
Hauptmann, Heimatkunde. (1920.) (Pädag. 808s.) — Stäbtle, Der freireligiöse Jugendunterricht. (1919.) (Pädag. 1196m.) — Zindel, Johann Christoph Blumhardt. 7. Aufl. v. Schneider. (Biogr. er. D 2144f.)
III. Rechts- u. Staatswissenschaft:
Feyer, Volkswirtschaft und Sozialdemokratie.

1920.) (Polit. 2759r.) — Bindig, Die Kornen und ihre Uebertragung III—IV. (1918/19.) (Jus crim. 226m.) — Fränkel, Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung. (1915.) (Jus publ. Germ. D 791 zdo.) — Reisen, Sozialismus und Staat. (1920.) (Polit. 2773dx.) — Patentgesetz u. Gesetz betr. d. Schutz von Gebrauchsmustern. Erl. v. Reichs- u. 6. Aufl. (1920.) (Jus priv. Germ. A 496wx.) — Schmitt, Staat und Kirche. (1919.) (Jus publ. Germ. E 374a.)

IV. Medizin, Naturwissenschaften, Technik:

Brohmer, Fauna von Deutschland. (1920.) (Zool. 1454p.) — von Frey, Vorlesungen über Physiologie. 3. Aufl. (1920.) (Physiol. 398f.) — Gantner, Kultur und Tierwelt. (1920.) (Zool. 951d.) — Hansen, Das Paradies des Urmenichen. (1920.) (Hist. misc. A 385 opa.) — Laudenheimer, Lehrbuch der Mikrophotographie. (1920.) (Art. plast. 26111.) — Roedel, Erinnerungen und Briefe des Hundes Wolf. (1920.) (Zool. 1421 to.) — Ruch, Die pathologische Biologie (Immunitätswissenschaft). 3. Aufl. (1920.) (Path. gen. 995f.) — Perrin, Die Atome. Deutsch von Lottermoser. 2. Aufl. (1920.) (Physica 832m.) — Placzek, Das Geschlechtsleben der Säugetiere. (1919.) (Psych. 73h.) — Sommer, Geistige Veranlagung und Ererbung (Aus Natur u. Geisteswiss. 512). (1914.) (Physiol. 613m.) — von Tappeiner, Lehrbuch der Arzneimittellehre u. Arzneiverordnungslehre. 14. Aufl. (1920.) (Pharm. gen. 438m.) — Urdang, Der Prothetiker im Spiegel der Literatur. (Pharm. gen. 305.)

V. Sprache u. Literatur:

von Arer, Jöben und Ströndberg. (Biogr. er. D 3687f.) — Bod u. Weigel, Der historische Roman als Begleiter der Weltgeschichte. (Hist. lit. 1065d.) — Danielowski, Das Hilli-Brandlied. (1919.) (Lit. Germ. vet. 331i.) — Dieß, Das Reizungswesen. 2. Aufl. (Aus Natur u. Geisteswiss. 328.) (1919.) (Hist. lit. 1097bg.)

IX. Weltkrieg u. Kriegführung:

von der Goltz, Meine Erziehung in Deutschland und im Baltikum. (1920.) (Hist. univ. B 1435 mf.) — Der Krieg in den deutschen Schutzgebieten. Hrsg. v. Reichscolonialamt. Mitteilungen 1—10. (1915.) (Hist. univ. B 322 u.) — Meurer, Die Grundfragen des Verfallers Friedens und der Weltfriedens. (1920.) (Jus publ. univ. 1099 w.) — Rawinskiy, Die Grundgedanken der Reichsverteidigung. (1920.) (Jus publ. Germ. C 653 u.) — Rader, Die Entwicklung der deutschen Revolution u. d. Aufgaben d. kommunistischen Partei. 2. Aufl. (1920.) (Hist. Germ. E 624.)

Sächsische Angelegenheiten.
Bestimmungen für die Abstimmung in Oberschlesien.

Die Interalliierte Kommission hat Bestimmungen über die Abstimmung in Oberschlesien als Ergänzung zu dem am 31. Dezember v. J. veröffentlichten Wahlreglement herausgegeben. Darin heißt es u. a.: Die Abstimmung findet am Sonntag, den 20. März, für das gesamte oberschlesische Gebiet und für alle stimmberechtigten Kategorien statt. Der Passierschein gilt als Paß und muß vom parlamentarischen Ausschuss des Ortes beantragt werden, in dem abgestimmt wird. Die Passierscheine gelten gleichzeitig als Wahlkarten. Die Personen der Kategorie A und C erhalten den Passierschein von dem parlamentarischen Ausschuss ihres Abstimmungsortes. Die Personen der Kategorie D erhalten einen Sächsischen Passierschein und diejenigen der Kategorie B erhalten denselben Passierschein, den aber der parlamentarische Ausschuss des Ortes, in dem sie eingetragene sind, ausstellt. Für die Passierscheine ist kein Bismarck eines französischen Konsulats erforderlich. Die Abstimmung erfolgt mit einem Stimmzettel aus weißem Papier mit schwarzem Druck. Die eine Kategorie trägt den Vermerk Posen-Polen. Die zweite Kategorie den Vermerk Deutschland-Remey. Zettel, Umschläge und Urne werden von der Regierungskommission geliefert. Die Abstimmung dauert von früh 8 Uhr bis 8 Uhr abends. Ungültig sind 1. Stimmzettel, die nicht das vorgeschriebene Muster haben, 2. Stimmzettel mit Merkmalen, die eine Verletzung des Abstimmungsheimnisses bezwecken, 3. Stimmzettel mit Aufzügen oder Streichungen, 4. Stimmzettel ohne Aufschrift, 5. Stimmzettel, die ohne Umschlag geöffnet wurden, 6. Stimmzettel in unvorschriftsmäßigen Umschlägen. Jeder Umschlag darf nur einen Stimmzettel enthalten. Sind mehrere darin, aber von der gleichen Kategorie, so werden sie als eine Stimme gezählt. Sind sie verschiedener Kategorie, so sind sie alle ungültig.

Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene.

Es macht sich notwendig, die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen darauf hinzuweisen, daß nach einer Bestimmung des Reichsfinanzministers amtlichen Schreiben an Behörden, auf die eine Antwort erwartet wird, ein Freiumschlag mit vollständiger Aufschrift seitens des Antragstellers beizufügen ist, widrigenfalls in allen Fällen, in denen es sich lediglich um ein privates Interesse des Fragestellers handelt, ein Bescheid grundsätzlich nicht erfolgt. Es wird deshalb allen Personen, die überwiegend in persönlichen Interesse des Abfendenden liegende Anfragen an die Versorgungsbehörden richten, dringend angetragen, diesen Anfragen freigelegte, mit der genauen Angabe der verschiedenen Briefumschläge beizufügen. Bei Nichtbeachtung obiger Bestimmung laufen die Fragesteller Gefahr, keine Antwort zu erhalten.

Erste Sächsische Landwirtschaftliche Woche.

Die erste Sächsische Landwirtschaftliche Woche 1921 findet in Dresden vom 7. bis 11. März statt, auf der zahlreiche wichtige, die Landwirtschaft betreffende Fragen erörtert werden. Im Rahmen dieser Woche finden zahlreiche Besprechungen landwirtschaftlicher Vereinigungen statt, und hervorragende Autoritäten geben ihre Meinung über die

Lage ab. Eröffnet wird diese Woche durch die öffentliche Verlesung des Landesstatistikrates, in welcher der Vorsitzende, E. Czyskany Dr. Wilh. Geh. Rat Dr. Wehner, spricht.

Sonderzüge zur Leipziger Frühjahrsmesse.

Sonderzüge zur Leipziger Frühjahrsmesse (vom 6. bis 12. März) fahren von Dresden-Reuth am 4. und 5. März nachm. 4,34 Uhr.

Freiberg. Die sächsischen Kollegien haben die Einführung der Pflichtfortbildungsschule für Mädchen solange abgelehnt, als der Staat keine Mittel dazu gewährt, da die Stadt aus eigenen Mitteln die dadurch entstehende Belastung des Etats nicht zu tragen vermag.

Marienberg. Bürgermeister Dr. Heinze wurde durch Geh. Reg.-Rat Koch von der Kreisbauhauptschule Chemnitz auf Lebenszeit als Bürgermeister der Stadt verpflichtet.

Lengenfeld i. B. Dem langjährigen Ratmitglied der Stadt Kommersjunker Fritz Thomae wurde in Anerkennung seiner Verdienste um das Gemeinwohl der Stadt das Ehrenbürgerrecht verliehen.

Limbach. Interessenten streben die Herstellung einer Automobilverbindung zwischen Wilsenbrand und Limbach an. Die Stadtvertretung von Limbach hat einen diesbezüglichen Antrag bereits genehmigt.

Röhren b. Froburg. Hier fand kürzlich die öffentliche Verpachtung der Röhrener Jagd statt. Das zu verpachtende Jagdrevier umfaßt ungefähr 690 Hektar oder 1262 sächsische Ader. Es hatten sich ziemlich viel Bieter von auswärts eingefunden. Das höchste Gebot gab mit 11900 M. Hofrat Dr. Schwabe in Leipzig ab, dem auch die Jagd vom 1. September 1921 bis 30. Juni 1928 zugesprochen wurde. Bisher war die Jagd für 1700 M. verpachtet gewesen.

Weertze. Die hiesigen Stadtverordneten erhoben scharfen Protest gegen eine beabsichtigte Erbschaftsteuererhöhung, die eine weitere Lehnerhöhung und Erbschaftsteuer der Lebenshaltung im Gefolge haben werde. Dieser einstimmig gefaßte Protest soll dem Reichsfinanzministerium übermitteln werden.

Rittweide. Für die geplante Katolische Rittweide-Kapelle—Kathala bewilligte die Stadtverordneten zu Rittweide 9500 M. Garantiesumme.

Hochstein-Ernstthal. Die erste Sitzung der neugewählten Stadtverordneten gestaltete sich sehr fruchtbar. Das Stadtparlament zählt 12 Vertreter vom Bürgerbund, denen 6 Kommunisten und 6 Reichsheiler gegenüberstehen. Bei der Wahl des Vorsitzenden haben die Reichsheiler unterschiedene Stimmzettel ab, was den Herrn der Kommunisten erregte, da sie mit Hilfe der Reichsheiler den Posten des 1. Vorsitzenden erstrebten. Gewählt wurde als 1. Vorsitzender Friedrich Reichard vom Bürgerbund und als 2. Vorsitzender Expedient Niebel (Kommunist). Es kam bereits zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Reichsheilern. Viele Zuhörer unterstützten die Kommunisten durch gemitte Zutritte auf die Reichsheiler.

Chorn b. Kamens. Hier ist eine Kasperneidemie ausgebrochen. In den unteren Klassen fehlten wegen Erkrankung von 206 nicht weniger als 103 Kinder, wobei die 6 Unterklassen bis auf weiteres geschlossen werden mußten.

Gibau. In der ersten Sitzung des neugewählten Gemeinderates kam es zu einem Zusammenstoß zwischen den Bürgerlichen und der Linken. Gemeindevorstand Schmiedel hatte die neugewählten Gemeindevorretter ermahnt, alles Trennende beiseite zu schieben und alle Gegensätze soviel als möglich zu überbrücken. Darauf erging sich Gemeindevorretter Bitterlich in scharfen Wendungen gegen die bürgerlichen Parteien, wobei ihm schließlich der Vorsitzende das Wort entzog, da er nicht mehr zur Sache sprach. Daraufhin erklärten die Vertreter der Linken, kein Interesse mehr an der Tagesordnung zu haben, und verließen demonstrativ den Verhandlungsraum.

Zittau. 28. Februar. Beim Verlusche, in eine Schlucht zu steigen, ist gestern morgen der 19 Jahre alte Eigendirektor Schmalz vom Ubin abgestürzt und hat dabei den Tod gefunden. Die Leiche blieb 15 m hoch über der Erde in einem Baume hängen und konnte von der Feuerwehr nur unter großen Schwierigkeiten mittels Leitern geborgen werden. Der Verunglückte stammt aus Leipzig, wo auch seine Eltern wohnen.

Kengersdorf. Von 728 Elternpaaren entschieden sich hier im oberen Schulbezirke 79,4 Proz. für Moralunterricht, 15 Proz. für den Religionsunterricht, und von 5,6 Proz. steht die Entscheidung noch aus.

Tageschronik.

Prag. 26. Februar. Verita Kerpilova, eine Abgeordnete des Parlaments, hat einen Selbstmordversuch unternommen, nach dem für jeden Mann unter 50 Jahren die Bigamie (Doppelheirat) nicht nur erlaubt, sondern gebordert werden soll. Eine andere weibliche Abgeordnete Olga Jorkina hat die Anerkennung der freien Liebe in einem Gesetzentwurf verlangt und hat diesen mit der — Wohnungsinot begründet, der dadurch ein Ende gemacht werden könnte.

Land- u. Forstwirtschaftliches.

Die zukünftige Leistungsfähigkeit unserer deutschen Viehwirtschaft ohne die Zufuhr ausländischer Futtermittel.

Dr. Universitätsprofessor Geh. Regierungsrat Dr. Halle-Leipzig über „Die zukünftige Leistungsfähigkeit unserer deutschen Viehwirtschaft ohne die Zufuhr ausländischer Futtermittel“. Der Hr. Redner wies im Eingang seiner Ausführungen auf die große Leistungsfähigkeit unserer Viehwirtschaft vor dem Kriege hin, die mit jedem Jahre wuchs. Hand in Hand damit ging die Zunahme des Schlachtgewichts der Tiere und die höhere Kostente. Deutschland stand an der Spitze der fleischverzeugenden Länder; auch unsere Milchversorgung war glänzend. Das war nur dadurch möglich, daß wir hinreichend Futtermittel aus dem Ausland beziehen konnten. Nach dem Beginn des Krieges trat der größte Futtermittelmangel ein und damit schnell der Zusammenbruch unserer Viehwirtschaft. Aber die Landwirte haben sich während des Krieges redlich bemüht, den schweren Druck des Futtermittelmangels und die Schwierigkeiten der Futterbeschaffung zu überwinden. Unsere sächsischen Landwirte haben es verstanden, ihren Jungviehbestand nicht nur auf der Höhe zu erhalten, sondern ihn sogar zu vermehren. Um die Leistungsfähigkeit unserer Viehwirtschaft in Zukunft zu fördern, muß die Futterfrage gelöst werden. Das darf aber nicht auf Kosten der menschlichen Ernährung geschehen, weder direkt, daß wir Brotgetreide veräußern, noch dadurch, daß wir Futtermittel an Stelle der Betriebskosten anlegen. Es bleibt uns nichts weiter übrig, als daß wir auf den bisherigen Futteranwachsen zu einer verlässlichen Intensität des Futteranbaues streifen. Wir müssen nach Menge und Güte mehr Futter erhalten. In allen Dingen muß der Futteranbau intensiver gestaltet werden. Der Wert eines Futtermittels wird nach dem Stärkewert bemessen, und den besitzen die Getreidefrüchte in hohem Maße. Es werden aber auch Eiweißquellen gebraucht. Das sind Klee und die fleischverzeugenden Pflanzen. Sie und die Graspflanzen müssen daher auch intensiver angebaut werden. Eine Vermehrung der Futtermittel erhalten wir auch dadurch, daß wir im Laufe eines Jahres zweimal einen Ertrag der Feldfrüchte erlangen. Das ist erreichbar durch Anbau der sogenannten Zwischenfrüchte. Eine weitere Futterquelle sind die Weiden. Aber auch sie dürfen nicht auf Kosten des guten Ackerlandes angelegt werden. Die Fütterung des Winterweizens ist in landwirtschaftlichen Kreisen in vollem Gange. Der Hr. Redner wies hier auf die Tätigkeit des Landesfiskus und insbesondere der Konsumischen Gesellschaft hin. Zur Beantwortung der Frage: Sind die Erzeugnisse des Winterweizens auch geeignet, unsere Viehwirtschaft erfolgreich zu gestalten? warf der Hr. Redner dann einen kurzen Blick auf die sächsischen Verhältnisse. Die in geschätzten Verhältnissen. Unsere Tiere waten in der Vorfrühzeit übermäßig, wie die Menschen. Wir müssen jetzt in der Anwendung konzentrierter Futtermittel sparen und die Anpassungsfähigkeit des tierischen Körpers an die Nahrung ausbilden. Der Entwicklungsengang des Tieres muß so gestaltet werden, daß er sich an die natürlichen Verhältnisse anpaßt. Die jungen Tiere nehmen im Sommer reichlich Nahrung an sich, im Winter weniger. Auch nutzen die älteren Tiere das Futter viel besser aus als die Älteren. Diese Erfahrungen müssen bei der Aufzucht unserer Tiere berücksichtigt werden. Auch die Weide ist ein wichtiger Faktor für die Ernährung der Tiere. Die Weidefütterung macht viel Kraftfutter entbehrlich. Weiter sprach der Hr. Redner noch über die Verwendung von Motoren zur Erleichterung unserer Fruchtbaues und über die Herstellung von Konzentrationen des Sommerfutters für die Winterernährung der Tiere. Am Schluß seines scheinbar und klaren Vortrags betonte er, daß die deutsche Landwirtschaft mit aller Kraft an die Erfüllung der Aufgabe gehe, das deutsche Volk mit eigenem Brot und eigenem Fleisch zu versorgen. Dieses müsse aber auch volles Verständnis für die Schwierigkeiten zeigen, die den Landwirten entgegenstehen und die sie zu überwinden haben.

Volkswirtschaftliches.

Arbeitslosigkeit und Wirtschaftslage.

Unter der Erscheinung der Arbeitslosigkeit haben fast alle Staaten zu leiden, die Sieger so gut wie die Besiegten. Dies deutet an, daß es sich hier um keine Einzelercheinung handelt, sondern daß die Weltlage durch das Eintreten bestimmter Faktoren eine Änderung erfahren hat, die erst allmählich wieder durch Zusammenwirken aller in Mitbeteiligung gesagten Kräfte beseitigt werden kann. Daß im Winter gewisse Industrien, Gewerbe und Handwerke, wie z. B. das Baugewerbe und die Gürtnerereien stilliegen oder doch ihre Tätigkeit stark beschränkten, ist eine allbekannte Erscheinung auf dem Weltwirtschaftsmarkt. Diesmal handelt es sich jedoch darum, daß in allen Ländern eine große Anzahl von Betrieben der verschiedensten Art wegen Mangels an Aufträgen stillgelegt werden mußten, und daß bei vielen es überhaupt fraglich ist, ob sie je wieder aufgetan werden können. Hier haben wir es eben mit einer Folge der Kriegsp Produktion zu tun, die viele Industrien aufleben ließ oder geradezu künstlich geschäftete, für die das betreffende Land sonst überhaupt kein Absatzgebiet bot oder doch nur in beschränktem Maße, wie z. B. bei den Munitions- und Kriegsbedarfsindustrien. Hier haben die slawischen Staaten und vor allem Japan und die Vereinigten Staaten eine derart umfassende Tätigkeit entfaltet, daß es nicht weiter wundernehmen kann, wenn sie jetzt das Recht der Medaille zu sehen bekommen.

Beschränken wir uns auf die uns benachbarten Nordstaaten, so ist in Schweden, Norwegen und Dänemark ein wirtschaftlicher Stillstand zu bemerken, der eine bedeutende Arbeitslosigkeit im Gefolge hat. So haben in ersterem Lande die Eisenwerke ihre Tätigkeit zum größten Teil ganz eingestellt, die Eisenwaren-, Textil- und chemische Industrie stränkte den Betrieb um 20 bis 30 Proz., ein, dazu treten Feierlichkeiten und Arbeitsverlängerungen, auch fordern die Unternehmer eine Herabsetzung der Löhne, falls die Lebensmittelpreise weiter fallen. In Norwegen und Dänemark liegt die Rederei zum großen Teil still, die während des Krieges ihre goldene Zeit hatte. In ersterem Lande muß aber auch die Konjunkturindustrie ihre Betriebe abbauen trotz des großen

Bedarfs, weil die Preise zu hoch sind, indes in Dänemark die Landwirtschaft fortfahren kann, ihre Produkte mit Ruhen abzulassen und so Ersatz für die Stilllegung mancher Industrien zu bieten in der Lage ist. Trotzdem beträgt die Zahl der Arbeitslosen in dem kleinen Land nahezu 70000.

Demgegenüber fällt freilich die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland mit 432 000 und die Zahl ihrer zu unterstützenden Familienangehörigen mit nahezu 500 000 weit schwerer ins Gewicht. Immerhin bleibt zu beachten, daß in den Vereinigten Staaten von Amerika die Krise noch weit ernstere Formen angenommen hat, da dort die Regierung die Arbeitslosen auf 3 Millionen angibt, während die Schätzungen aus Arbeiterkreisen bis auf 4 über gar 5 Millionen gehen. Hilfe kann nur kommen, wenn die Salutarität auf irgendeine Weise festgestellt werden und der freie Handelsverkehr zwischen den Staaten wieder aufgenommen wird. Hand in Hand damit hätten dann zweckentsprechende innere Maßnahmen in jedem Lande zu erfolgen, die den Verhältnissen angepaßt sein müssen. Die erste Voraussetzung hierzu ist und bleibt aber, daß der Frieden nicht gefährdet und auch nicht gefährdet wird, und daß Ruhe und Ordnung die Durchführung der notwendigen inneren Neugestaltung der Wirtschaft erleichtern.

Im Anschluß an vorstehende Ausführungen interessiert, daß das internationale Arbeitsbureau des Völkerbundes die Zahl der Arbeitslosen auf der ganzen Erde Ende 1914 auf 13 222 000 bezahmet gegen 32 680 000 Ende 1919. Auf Europa entfallen von letzterer Zahl 26 Millionen, während 1910 nur 8 500 000 Arbeitslose vorhanden gewesen sein sollen.

Zusammenhang im Eisenwaren-Großhandel.

Die seit mehr als 60 Jahren bestehende Eisenwarengroßhandlung Moritz Schubert in Dresden ist unter überwiegend Beteiligung der Firma Eismann-Hudert G. m. b. H., Berlin 8. 42, Ritterstraße 111/113, in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung umgewandelt worden. Geschäftsführer sind die Herren Fritz Hudert und Moritz Schubert.

Die Notlage der sächsischen Möbelindustrie.

Die „Leipziger Zeitung“ schreibt: Die Notlage der sächsischen Möbelindustrie ist außerordentlich groß; mit ihr beschäftigt sich vor kurzem die sächsische Regierung gegenüber, daß vor allem die Ausfuhr von Möbeln gefährdet werden müsse. Die bestehenden Erleichterungen des Ausfuhrgeschäftes, z. B. das zeitweise Ausfuhr ermäßigungverbot, die soziale Abgabe, der Salutaritätszuschlag, müssen beseitigt oder wenigstens gemildert werden, auch müsse die sächsische Regierung dafür Sorge tragen, daß der Möbelindustrie einheimische Holz in ausreichendem Maße und zu annehmbaren Preisen zugeführt werden.

Amerikanische Kupferlieferung für Deutschland.

Wie die New Yorker Zeitung des Leipziger Rehanthes mitteilt, hat die Kupfer-Ausfuhrgesellschaft in New York einen Vertrag mit Deutschland auf Lieferung von Kupfererz für 500 000 Dollars abgeschlossen, und zwar zum Preise von 13 Cent für das englische Pfund.

Keine getrennten Messen in Leipzig.

Von einem Teil der Presse verbreitete irrtümliche Nachrichten geben Anlaß, darauf hinzuweisen, daß Leipzig dem Wunsch auf Wiedervereinigung der Messen bereits zum Frühjahr 1921 entspricht. Die Allgemeine Messenkommission und die Technische Messe finden gleichzeitig und zwar vom 6. bis 12. März statt. 15 000 Aussteller haben dazu Ausstellungsplätze belegt.

Die Prager Messen.

Prag, 28. Februar. Die Direction der Prager Messen, die heute eröffnet wurde, empfing gestern die heimischen und ausländischen Leitungsvertreter insbesondere Vertreter aus den slawischen Ländern zu einer Vorbereitungs der Messe. Die Zahl der ausstellenden Firmen ist um 1200 größer als bei der im Herbst abgehaltenen ersten Messe.

Zimmermann-Werte, A.-G. in Chemnitz.

Die außerordentliche Hauptversammlung, in der 18 Aktionäre 15 734 Stimmen vertreten, beschloß die Erhöhung des Grundkapitals um 10 000 000 M. auf 20 820 000 M. durch Ausgabe von 6750 Stammaktien über 1200 M. und 1660 Inhaberbürgersaktien, ebenfalls zu 1200 M., die mit mehrfachen Stimmrecht und einer 7 % igen Verzugsdividende ausgestattet sind. Die Stammaktien werden den bisherigen Aktionären in der Weise zum Bezuge angeboten, daß zum Kurse von 120 % auf vier alte drei junge Aktien bezogen werden können.

Wichtige Berliner Kurse vom 26. Februar.

Deutsche Reichsanleihe 77,50, 4% Deutsche Reichsanleihe 68,10, 3 1/2% Deutsche Reichsanleihe 65,75, 3% Deutsche Reichsanleihe 67,50, 3% Sächsische Rente 57,50, Hamburger Festschatz 193%, Dampfschiff 324,50, Norddeutscher Lloyd 194,00, Vereinigte Elbschiffahrt 333,00, Bank für Brauindustrie 173,50, Deutsche Bank 294,00, Deutsche Anstalt 240,75, Dresdner Bank 210,00, Leipziger Kreditanstalt 183%, Deutsche Girobank 193,00, Badische Anstalt 438,00, Bergmann Elektrizität 315,00, Bismarckhütte 608,00, Bochumer Waggonbau 459,00, Cartonnagen Leipzig 300,00, Chem. Werke 385,00, Chemnitz, Zimmermann 279,50, Daimler Motoren 260,50, Deutsch-Luzern 312,00, Deutsche Erdöl 926, Deutsche Gasbühnen 271,00, Deutsche Ton-u. Stein 310,00, Deutsche Wäpfer 558,50, Tonnenmarkt 616,00, Dresdner Wäpfer 307,00, Oberfelder Harten 430,00, Westfälischen Bergwerk 323,75, Th. Goldschmidt 770,50, Württembergische 277,00, Württembergische Waggonbau 385,00, Harpen Bergwerk 438,00, Hartmann Maschinen 312,00, Döpler Eisen 965,00, Hiltewerte 254,25, Höpfer Eisen 400,00, H. Koch & Co. 310,00, Hüttenwerke 417,00, J.-A. Johs-Allen 288,25, Kalia Porzellan 580,00, Landhammer 535,25, Laurahütte 310,25, Ludwig Löwe & Co. 315,00, Pöschel & Steffens 290,00, Reich, Kappel 638,00, Riemberger Werke 425,00, Oberhiesl, Eisenbahn 297,75, Oberhiesl, Eisenindustrie 283,50, Phönix Bergwerk 571,75, Flauenert Eisen 215,00, Hermann Böge 265,00, Rheinische Metall 356,00, Hoffmann & Schneider 316,25, Hoyenthal Porzellan —, Sauerwerk 317,00, Sächs. Cartonnagen 286,00, Sächs. Gasbühnen 1019,00,

